

## 5. Soziodemografie und Parteiaktivität

---

### 5.1 Soziodemografische Struktur

a) Geschlecht Als erste grundlegende Variable zur Erfassung der soziodemografischen Struktur wurde das Geschlecht der Teilnehmer erhoben (Abb. 16). Befragungsintern besteht hinsichtlich der Geschlechterverteilung nur ein marginaler Unterschied zwischen den Neumitgliedern und der Vergleichsgruppe der Gesamtpartei. Letztgenannte ist mit einer Differenz von 2,0 Prozentpunkten geringfügig männlicher aufgestellt. Im Vergleich zu den Parteimitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017 und vor dem Hintergrund, dass der tatsächliche Anteil männlicher Parteimitglieder bei bundesweiten 63,6 Prozent zu verorten ist, wird jedoch die leichte Überrepräsentation männlicher Teilnehmer von 7,8 Prozent bei der Mitgliederbefragung 2019 deutlich (vgl. Abschnitt 4.4). Dennoch ist in der direkten Gegenüberstellung der beiden Parteimitgliederstudien von 1998 und 2009 ein deutlicher Rückgang weiblicher Mitglieder erkennbar, der jedoch nachfolgend auf einem geringen Abwärtstrend (zwischen 2010 und 2019 betrug der Rückgang des Frauenanteils lediglich 0,9 Prozentpunkte<sup>1</sup>) stagnierte. Ein naheliegender Erklärungsansatz für diese Zäsur ist, dass die höhere Zahl der weiblichen Mitglieder 1998 auf ältere Frauen zurückzuführen ist, die noch vor 1990 in die SED eingetreten sind und im Verlauf der 2000er Jahre allmählich verstarben.

Im bundesweiten Vergleich mit anderen Parteien liegt DIE LINKE mit einem Frauenanteil von 36,4 Prozent (vgl. Abschnitt 4.4.3) deutlich über dem Durchschnittswert von 28,2 Prozent. Sie weist damit den zweithöchsten Anteil weiblicher Mitglieder nach den Grünen (41,0 Prozent) und vor der SPD (32,8 Prozent) auf. Beide Parteien – Grüne stärker als SPD – verzeichneten nach 1998 einen leichten, jedoch stetigen Aufwärtstrend.<sup>2</sup> Es scheint daher wahrscheinlich, dass DIE LINKE allmählich durch die SPD auf den dritthöchsten Frauenanteil im deutschen Parteiensystem verdrängt wird, sollten sich die aktuellen Trends fortsetzen.

Vergleichsdaten zu Parteimitgliedern mit Identifikation über ein diverses Geschlecht liegen nicht vor und wurden in der Mitgliederbefragung 2019 erstmals

---

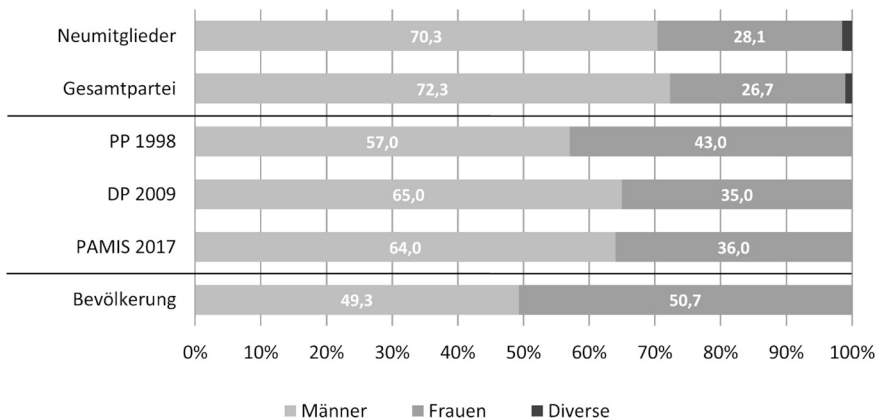
1 Niedermayer 2020, S. 23.

2 Ebenda.

bundesweit für DIE LINKE erhoben. Hierbei gaben 1,5 Prozent der Neumitglieder (Gesamtpartei: 1,0 Prozent) »divers« an.

Im Vergleich zu den Bevölkerungsdaten<sup>3</sup>, die wesentliche Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Verwurzelung von Parteimitgliedern ermöglichen, fällt auf, dass DIE LINKE trotz des zweitgrößten Frauenanteils im Parteiensystem dennoch weit von einer Repräsentanz der tatsächlichen Geschlechterverteilung innerhalb der deutschen Bevölkerung entfernt liegt. Dieses Ungleichgewicht ist folglich in Bezug auf DIE LINKE keine Ausnahme, sondern bestätigt lediglich eine männlich-dominierte Geschlechterverteilung, die in allen Parteien mehr oder weniger stark ausgeprägt ist.

Abbildung 16: Zusammensetzung nach Geschlecht im Vergleich



Bevölkerungsdaten: bpb 2020a

Eigene Darstellung

b) Alter Mit Blick auf das Alter der Studienteilnehmer zeichnet sich der Fokus auf die Neumitglieder der Partei bei der Mitgliederbefragung 2019 ab (Abb. 17<sup>4</sup>). Diese sind im Vergleich zur gesamten Mitgliedschaft strukturell wesentlich jünger, was besonders mit Blick auf die Gruppe der Neumitglieder – d.h. Personen, die nach 2013 beigetreten sind – deutlich wird. Die Vergleichsgruppe der Gesamtpartei deckt sich hingegen durch die errechneten Gewichtungsfaktoren exakt mit der tatsächlichen Altersverteilung aus der Mitgliederdatenbank.

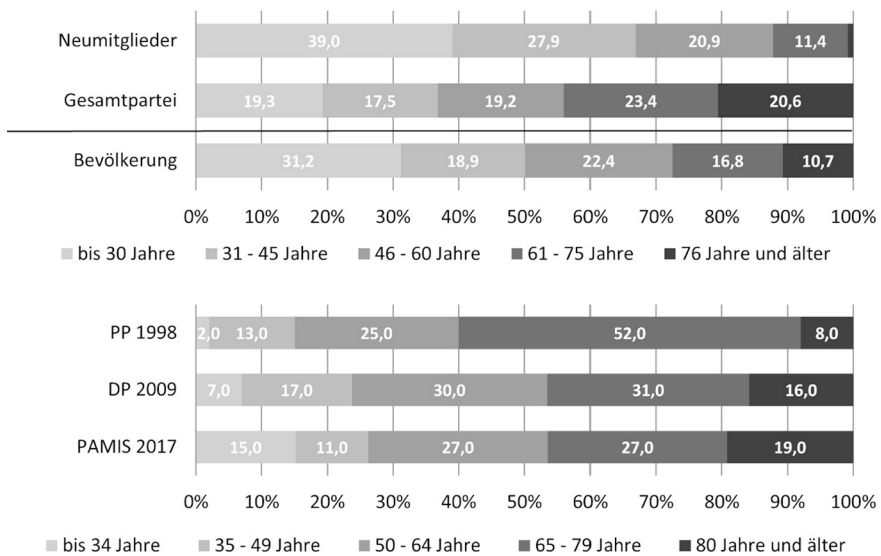
In der Gesamtschau der drei Parteimitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017 wird ein ambivalentes Bild der Altersstruktur sichtbar: Einerseits schaffte es DIE LINKE, insbesondere junge Mitglieder bis 34 Jahre zu rekrutieren, womit sie gemeinsam mit den

3 Bevölkerungsdaten: bpb 2020a.

4 Durch die altersbedingte Gewichtung weichen die möglichen Merkmalsausprägungen von jenen ab, die in der PP 1998, DP 2009 und PAMIS 2017 genutzt wurden. Diese konnten durch abweichende Skalierung in den Auszügen der Mitgliederdatenbank – die die Basis für die Gewichtung darstellten – nicht völlig kongruent für die vorliegende Arbeit abgebildet werden. Die Grafik ist daher an dieser Stelle zweigeteilt.

Grünen den höchsten Anteil in der deutschen Parteienlandschaft in dieser Altersgruppe aufweist.<sup>5</sup> Gleichzeitig ist die Partei jedoch auch Spitzenreiter in der Altersgruppe 80 und älter, wodurch der Anteil derer, die sich im Bereich der drei mittleren Altersgruppen befinden, bei keiner anderen Partei so schmal ausfällt wie in der LINKEN. Wesentlicher Faktor für den hohen Anteil älterer Mitglieder ist dabei wohl die Zahl der SED-Mitglieder, die nach 1990 in der Partei verblieben und nun gealtert sind<sup>6</sup> – was sich deutlich in der Altersstruktur ostdeutscher Landesverbände manifestiert. Eine erste Zäsur für die deutliche Verjüngung der Partei zwischen 1998 und 2009 kann hingegen nicht zuletzt auf die Vereinigung von WASG und PDS im Jahr 2007, die durch einen Zugewinn jüngerer Mitglieder in den alten Bundesländern geprägt war, zurückgeführt werden.<sup>7</sup>

Abbildung 17: Zusammensetzung nach Alter im Vergleich



Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019

Eigene Darstellung

Insgesamt kann auch hinsichtlich der altersspezifischen Verwurzelung der LINKEN innerhalb der Gesellschaft ein ambivalentes Bild mit starken Abweichungen in den jüngsten und ältesten und Annäherungen in den mittleren Alterskohorten festgestellt werden. Im aktuellen Trend zeigt der Vergleich zwischen den Ergebnissen der PAMIS 2017 und den Bevölkerungsdaten<sup>8</sup> zunächst, dass lediglich die Altersgruppen von Bürgern zwischen 50 und 79 Jahren innerhalb der LINKEN annähernd den tatsächlichen Anteil der Bevölkerung widerspiegeln. Die gesellschaftliche Verwurzelung der Partei

5 Vgl. Klein et al. 2019, S. 87; Niedermayer 2020, S. 72.

6 Vgl. Klein et al. 2019, S. 87.

7 Vgl. Scheibel 2017, S. 42.

8 Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019, S. 88.

hinsichtlich jüngerer Bevölkerungsteile ist hingegen trotz des zu anderen Parteien vergleichsweise hohen Anteils von Mitgliedern in den entsprechenden Alterskohorten noch immer schwach ausgeprägt, wobei jedoch insbesondere die Unterrepräsentanz in der jüngsten Alterskohorte (bis 34 Jahre) als ein strukturelles Merkmal des gesamten deutschen Parteiensystems bezeichnet werden kann. Lediglich FDP und Grüne nähern sich in der Altersgruppe von 35 bis 49 Jahren an den tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung an.<sup>9</sup> Die deutliche Überrepräsentation in der ältesten Gruppe, d.h. bei Personen ab 80 Jahren, die bereits im Vergleich zu den anderen Parteien ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN darstellt, zeigt sich hingegen noch deutlicher in der Gegenüberstellung mit den Bevölkerungsdaten: Der Anteil dieser Alterskohorte war 2017 innerhalb der LINKEN mit 19,0 Prozent fast viermal höher.

c) Formale Bildung Im Vergleich der drei deutschen Parteimitgliederstudien fällt auf, dass die Mitgliedschaft der LINKEN zunehmend durch Parteimitglieder mit einem höheren Bildungsstand geprägt wird (Abb. 18). Ausgehend von einem Anteil von 59,0 Prozent stellten Mitglieder, die mindestens über die Hochschulreife verfügten, bereits 1998 die Mehrheit in der Partei. Dieser Anteil wuchs bis 2017 um 10,0 Prozent auf 69,0 Prozent an. Mit Blick auf die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019, an der sich insbesondere jüngere (Neu-)Mitglieder beteiligten, wird dieser Trend bestätigt und ermöglicht den Ausblick auf einen weiter ansteigenden Anteil von Personen mit höherer formaler Bildung. Insgesamt 73,9 Prozent der Neumitglieder (Gesamtpartei: 76,7 Prozent) gaben mindestens (Fach-)Abitur bzw. EOS als Abschluss an. DIE LINKE spricht demnach ein zunehmend akademisches Publikum an und reiht sich in einen gesamtdeutschen Aufwärtstrend ein, nach dem Parteimitglieder – eine wesentliche Hypothese der Ressourcentheorie bestätigend – durch immer höhere formale Bildung geprägt sind: Lag der Anteil von deutschen Parteimitgliedern mit mindestens (Fach-)Abitur 1998 noch bei durchschnittlich 47,0 Prozent, steigerte er sich bis zum Jahr 2017 stetig auf 58,0 Prozent – zu jedem Zeitpunkt deutlich höher als der Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>10</sup> DIE LINKE nimmt keine hervorzuhebende Position ein: Sie besaß 2017 im Vergleich den dritthöchsten Anteil Höhergebildeter nach den Grünen (87,0 Prozent) und der FDP (78,0 Prozent) und reihte sich vor CDU (58,0 Prozent) und SPD (54,0 Prozent) ein.<sup>11</sup>

Der Anteil von Mitgliedern, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, fällt sowohl in der PAMIS 2017 als auch in der vorliegenden Mitgliederbefragung 2019 am geringsten aus. Die Aufschlüsselung dieses Merkmals (»Höchstens Hauptschulabschluss«) ermöglicht einen differenzierten Blick auf diese Gruppe (Abb. 19). Die Größe des Schüleranteils unter den Neumitgliedern, d.h. Personen, die ihren Bildungsweg aufgrund ihres Alters noch nicht abgeschlossen haben, beträgt in dieser Merkmalsgruppe über ein Drittel.

9 Vgl. ebenda.

10 Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019, S. 89.

11 Vgl. ebenda.

Abbildung 18: Zusammensetzung nach formaler Bildung im Vergleich

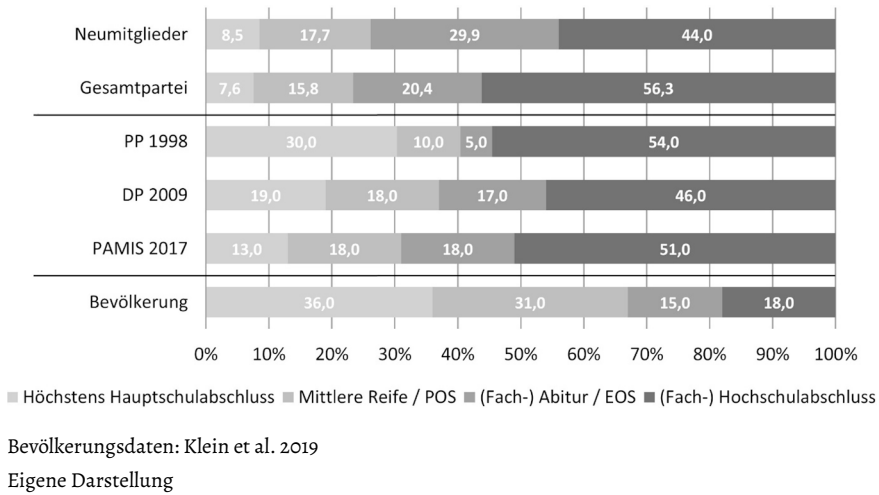
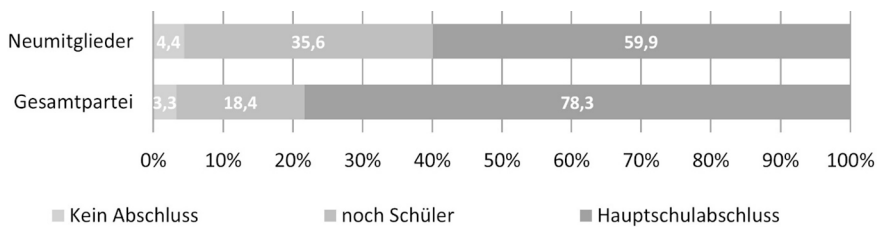


Abbildung 19: Unterteilung des Merkmals »Höchstens Hauptschulabschluss«



In der Gegenüberstellung mit den Bevölkerungsdaten<sup>12</sup> kann wie o.g. eine wesentliche Aussage der Ressourcentheorie, die im Zusammenhang mit Parteimitgliedschaften Bildung als begünstigenden Faktor für einen Eintritt definiert, bestätigt werden. Während in der Bevölkerung lediglich 33 Prozent über (Fach-)Abitur oder einen Hochschulabschluss verfügen, stellten Personen mit diesen beiden Bildungsabschlüssen zu jedem Untersuchungszeitpunkt innerhalb der LINKEN mit relativen Anteilen zwischen 59 Prozent (PP 1998) und 76,7 Prozent (MB 2019; Gesamtpartei) die deutliche Mehrheit dar. Auch der Blick auf die erst jüngst eingetretenen Neumitglieder deutet mit einem Anteil von 73,9 Prozent auf die Fortsetzung einer starken Verwurzelung der LINKEN bei formal höher gebildeten Personen hin. Entsprechend geringer fällt die Repräsentation niedriger gebildeten Personenkreisen innerhalb der LINKEN-Mitglieder aus: Stellen diese in der Bevölkerung mit 67 Prozent die offenkundige Mehrheit dar, stieg deren Anteil in der Partei nie über 40 Prozent (PP 1998). Vielmehr zeichnet sich in der vergleichenden Betrachtung

12 Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019, S. 89.

tung aller Parteimitgliederstudien zwischen 1998 und 2019 ein deutlicher Abwärtstrend von Parteimitgliedern ab, die höchstens über den Abschluss »Mittlere Reife« verfügen.

d) Erwerbsstatus Durch die hohe Zahl ehemaliger SED-Mitglieder war die Mitgliedschaft der LINKEN insbesondere zum Ende der 1990er Jahre weitgehend durch Ruheständler geprägt. Auch die Daten, die im Rahmen der PAMIS 2017 erhoben wurden, zeigen, dass Rentner nach wie vor die größte Gruppe innerhalb der Partei darstellen, obgleich diese aufgrund des kontinuierlichen Sterbens älterer SED-Mitglieder längst keinen so großen Anteil erreicht, wie dies 1998 noch der Fall war. Im Vergleich zu anderen Parteien bewegt sich DIE LINKE hinsichtlich ihres Anteils an Ruheständlern auf der Ebene der SPD (51,0 Prozent), CDU (51,0 Prozent) und CSU (46,0 Prozent), in denen der Anteil dieser Gruppe seit 1998 um knapp 20 Prozentpunkte stieg. Gleichzeitig unterscheidet sich die Erwerbsstruktur deutlich von jenen Situationen, die in den jüngeren Mitgliedschaften der FDP (38,0 Prozent Ruheständler) und der Grünen (19,0 Prozent Ruheständler) festzustellen sind. 2017 besaß DIE LINKE mit 36,0 Prozent den geringsten Anteil erwerbstätiger, mit 4,0 Prozent den höchsten Anteil erwerbsloser und mit 8,0 Prozent den höchsten Anteil von in Ausbildung befindlichen Mitgliedern in der deutschen Parteienlandschaft.<sup>13</sup>

Trotz Gewichtungsfaktoren für die Vergleichsgruppe der Gesamtpartei bildet die Mitgliederbefragung 2019 die in der PAMIS 2017 erhobene Datenlage nicht vollständig ab, was insbesondere durch den niedrigeren Anteil an Ruheständlern und die höheren Anteile von Erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Personen deutlich wird (Abb. 20).

Der zu den drei Parteimitgliederstudien vergleichsweise hohe Anteil von Teilnehmern, die einen sonstigen Erwerbsstatus angegeben haben, lässt sich durch die Analyse der Freitextantworten maßgeblich auf Personen zurückführen, die aufgrund einer gesundheitlichen Einschränkung dauerhaft erwerbsunfähig sind, einen kombinierten Erwerbsstatus – hier etwa häufig genannt das parallele Studieren zum Teilzeitarbeitsverhältnis – besitzen, freiwillige soziale Jahre absolvieren oder einer freiberuflichen Tätigkeit mit unregelmäßigem Erwerb nachgehen.

Eine präzisere Differenzierung der Mitglieder, die sich in Ausbildung befinden, unterstreicht zudem eine wesentliche Aussage der Ressourcentheorie mit Blick auf die formale Bildung (Abb. 21): Lediglich 14,8 Prozent der Befragten gaben eine betriebliche oder schulische Ausbildung an, während sich 85,2 Prozent in einer akademischen Ausbildung befinden.

Im gesamtgesellschaftlichen Kontext nähert sich die anteilige Verteilung des Erwerbsstatus an die deutsche Bevölkerung<sup>14</sup> an, wodurch die Partei hinsichtlich dieses soziodemografischen Merkmals eine wachsende Verwurzelung erfährt. Einen plausiblen Erklärungsansatz bietet die Tatsache, dass der Anteil von Ruheständlern unter den Mitgliedern zwar noch immer sehr hoch ist, DIE LINKE jedoch in der Längsschnittanalyse aller Parteimitgliederstudien die einzige Partei mit einem sinkenden Anteil von Rentnern und Pensionären darstellt.<sup>15</sup> Dieser Rückgang bewirkt – zusam-

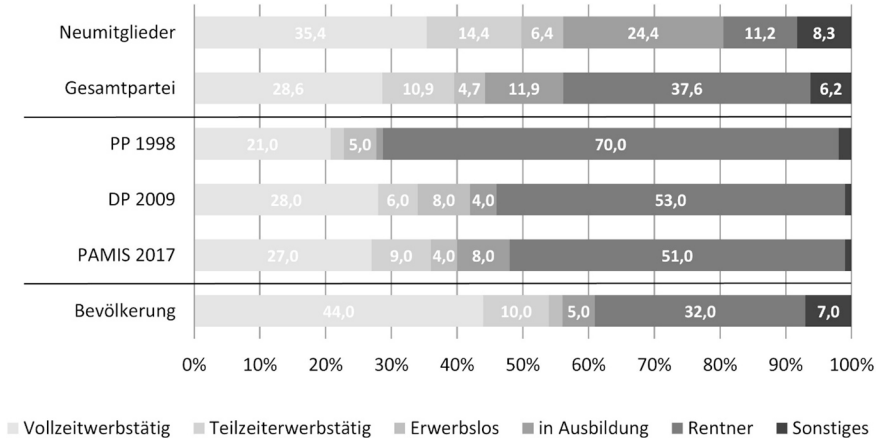
13 Vgl. Klein et al. 2019, S. 90f.

14 Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019, S. 90.

15 Vgl. ebenda.

men mit dem steigenden Anteil Auszubildender unter den Parteimitgliedern – eine Harmonisierungstendenz mit den Bevölkerungsdaten.

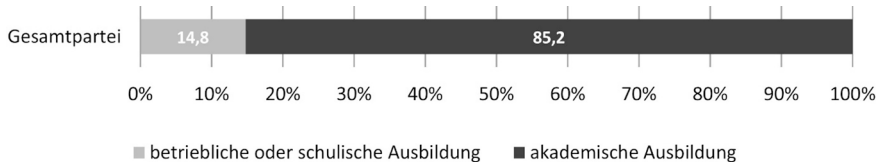
Abbildung 20: Zusammensetzung nach Erwerbsstatus im Vergleich



Bevölkerungsdaten: Klein et al. 2019

Eigene Darstellung

Abbildung 21: Unterteilung des Merkmals »In Ausbildung«



Eigene Darstellung

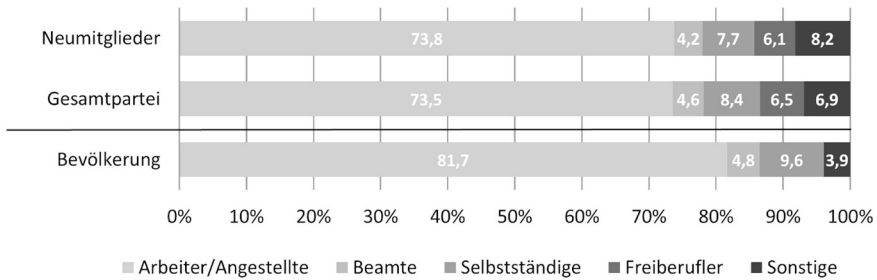
e) Berufliche Stellung Bei der Erhebung der beruflichen Stellung bzw. des Beschäftigungsstatus werden lediglich die Antworten erwerbstätiger Teilnehmer berücksichtigt (vgl. Abb. 20). In der PAMIS 2017 gaben 17,0 Prozent der erwerbstätigen LINKEN-Mitglieder an, Arbeiter zu sein.<sup>16</sup> Zwar erreichte die Partei damit – knapp vor der SPD (16,0 Prozent) – den höchsten Wert der zum damaligen Zeitpunkt vertretenen Parteien im Bundestag, ein Cleavage-bedingter Rückschluss auf das Selbstverständnis der LINKEN als Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung ist jedoch aufgrund des dennoch sehr geringen Arbeiteranteils in der Gesamtmitgliedschaft nicht vertretbar. Die Erhebung für die Mitgliederbefragung 2019 zeichnet ein deutliches Bild (Abb. 22).<sup>17</sup> Mit einem Anteil

16 Vgl. ebenda, S. 92.

17 Die Parteimitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017 nutzen zur Erhebung der beruflichen Stellung leicht andere Merkmale und unterscheiden zwischen »Arbeitern« und »Angestellten« sowie

von 73,8 Prozent unter den Neumitgliedern ab 2014 sind abhängige Beschäftigungsverhältnisse die häufigste berufliche Stellung. Lediglich knapp ein Viertel der Befragten gab eine andere berufliche Stellung an.

Abbildung 22: Zusammensetzung nach beruflicher Stellung von Erwerbstätigen im Vergleich; »Selbstständige« und »Freiberufler« sind unter »Selbstständige« zusammengefasst



Bevölkerungsdaten: bpb 2020b

Eigene Darstellung

Im Vergleich mit der deutschen Bevölkerung<sup>18</sup> nähert sich der Anteil der Beamten innerhalb der LINKEN an den gesamtgesellschaftlichen Querschnitt an, Arbeiter und Angestellte sind hingegen in einem vergleichsweise niedrigeren Maß vertreten, obgleich sie die deutliche Mehrheit der erwerbstätigen Parteimitglieder darstellen.

f) Subjektive Schichteinstufung Die subjektive Schichteinstufung (Abb. 23) gibt einerseits Aufschluss über die eigene Identifikation mit einer bestimmten sozialen Schicht und ermöglicht andererseits Aussagen zur ökonomischen Situation der Mitglieder. Bei Betrachtung der Umfrageergebnisse aus der Mitgliederbefragung 2019 fällt zunächst auf, dass die generelle Bereitschaft, sich einer sozialen Schicht zuzuordnen, höher ausfällt als in den drei Parteimitgliederstudien von 1998<sup>19</sup>, 2009 und 2017. Da sich die Mitgliederbefragung 2019 von den anderen Studien insofern unterscheidet, als ihr Teilnehmerfeld

---

zwischen »Angestellten« und »Angestellten im öffentlichen Dienst«. Das Vorgehen bei der Erhebung beruflicher Stellungen ist weniger standardisiert und wird etwa in Bevölkerungsumfragen je nach Forschungsanliegen sehr unterschiedlich durchgeführt (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015, S. 62; GESIS 2018, S. 217–222). Insbesondere die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten scheint dabei nicht trennscharf, da diese Gruppe letztlich gleichermaßen »Personen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis« (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015, S. 62) umfasst. Aus diesem Grund weicht die Mitgliederbefragung hinsichtlich der Merkmalsausprägungen von den drei anderen Parteimitgliederstudien ab, wodurch diese nicht in der vergleichenden Abbildung aufgeführt werden.

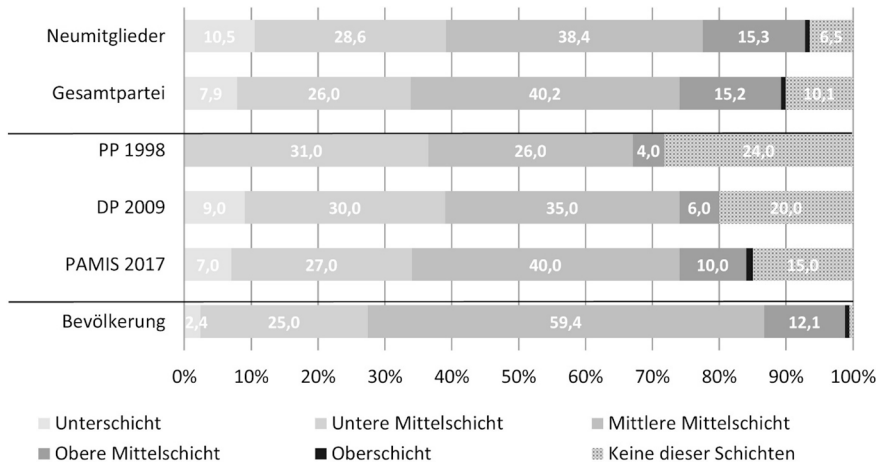
18 Bevölkerungsdaten: bpb 2020b.

19 Anmerkung: Die kumulierten Anteile zur Datenreihe der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 in Abbildung 23 ergeben bereits in der Quelle (Klein 2011b, S. 52) nicht 100, sondern lediglich 85 Prozent. Der Verfasser hat für Abbildung zwar die Daten von Klein 2011b übernommen, kann jedoch die mutmaßlich fehlenden Anteile nicht erklären.

durch überwiegend jüngere Parteimitglieder geprägt ist, kann hier ein altersspezifischer Effekt vermutet werden.

Die Grundannahme der Ressourcentheorie, nach der sich Parteimitglieder häufiger aus ökonomisch bessergestellten Personenkreisen rekrutieren, kann mit Blick auf DIE LINKE nicht bestätigt werden: Lediglich knapp 16 Prozent der Teilnehmer ordnen sich der oberen Mittelschicht oder gar der Oberschicht zu – eine Erkenntnis, die sich ebenfalls mit den Ergebnissen der drei bundesweiten Parteimitgliederstudien deckt: Unter Einbezug aller in der PAMIS 2017 untersuchten Parteien betrug der durchschnittliche Anteil der beiden oberen Schichten ungleich höhere 33,0 Prozent. Gleichzeitig fällt der Anteil derer, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zuordnen, mit 27,2 Prozent in der Mitgliederbefragung 2019 – ähnlich wie in der PAMIS 2017 – deutlich höher aus als der Durchschnitt aller Parteien im Jahr 2017 (12,0 Prozent).<sup>20</sup> Dieser Umstand unterstützt die Cleavagetheorie insofern, als DIE LINKE in ihrem programmatischen Selbstverständnis vor allem sozioökonomisch schwächere gesellschaftliche Schichten adressiert (vgl. Abschnitt 3.1.1), indem sie etwa die sozialpolitische Umverteilung von Wohlstand häufig als ein Kernthema benennt.<sup>21</sup> Aus Cleavage-theoretischer Sicht stellt die Identifikation der Parteimitglieder mit den gesellschaftlichen (Wähler-)Schichten, die die Partei politisch vertreten möchte, einen Erwartungswert dar, der durch die Umfrageergebnisse bestätigt wird.

Abbildung 23: Zusammensetzung nach subjektiver Schichteinstufung im Vergleich



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

Eigene Darstellung

20 Vgl. Klein et al. 2019, S. 93.

21 Vgl. DIE LINKE 2011a, S. 34.

Ähnliches wird durch den Bevölkerungsvergleich<sup>22</sup> bestätigt: In der subjektiven Schichteinstufung bildet die mittlere Mittelschicht mit 59,4 Prozent die dominante Ausprägung bei der Befragung deutscher Bürger. Lediglich 27,4 Prozent (Neumitglieder: 39,1 Prozent; Gesamtpartei: 33,9 Prozent) ordnen sich unterhalb dieser ein, wobei insbesondere der Anteil der Unterschicht in der Bevölkerung merklich geringer ausfällt.

g) Konfessionszugehörigkeit Bereits im Längsschnitt der drei Parteimitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017 wird deutlich, dass sich DIE LINKE durch einen Rückgang konfessionsloser Mitglieder auszeichnet (Abb. 24). Eine besonders hervorzuhebende Zäsur stellt der Zeitraum zwischen den ersten beiden Studien dar, in dem die Partei nicht zuletzt durch den Zusammenschluss von PDS und WASG eine Ausdehnung nach Westdeutschland mit damit verbundener Rekrutierung von neuen Mitgliedern in den alten (religiös geprägten) Bundesländern verzeichnete. Dennoch stellt DIE LINKE trotz sinkender Tendenz mit ihrem nach wie vor hohen Anteil an konfessionslosen Mitgliedern einen deutlichen Sonderfall im deutschen Parteiensystem dar, dessen durchschnittlicher Anteil von Parteimitgliedern ohne Konfession 2017 bei lediglich 23,0 Prozent lag.<sup>23</sup>

Die Mitgliederbefragung 2019 bestätigt einen steigenden Anteil religiös geprägter Mitglieder sowohl mit Blick auf die Gesamtpartei als auch durch die Gruppe der Neumitglieder. Dabei sind besonders Anhänger der evangelischen Kirche hervorzuheben, deren Anteil mit 16,4 Prozent im Vergleich zu den Erkenntnissen aus der PAMIS 2017 um 4,4 Prozentpunkte höher angesiedelt ist. Zwar muss dieser Zuwachs mit Blick auf die Gesamtpartei vor dem Hintergrund einer leichten Überrepräsentation von Parteimitgliedern aus den alten Bundesländern im Teilnehmerpool der Mitgliederbefragung 2019 betrachtet werden, eine steigende Tendenz bleibt jedoch insbesondere durch den Blick auf die Analysegruppe Neumitglieder – bei der dieses Ungleichgewicht zwischen Osten und Westen nicht besteht – erkennbar: Hier liegt der Anteil der Befragten ohne Konfessionszugehörigkeit bei lediglich 65,8 Prozent. Es ist weiterhin naheliegend, dass die Abnahme des Anteils konfessionsloser Mitglieder im starken Zusammenhang mit der Verteilung der Parteimitglieder auf ostdeutsche und westdeutsche Landesverbände steht: Zu Beginn des Jahres 2007 machten die weniger religiös geprägten ostdeutschen Landesverbände noch etwa 75 Prozent aller Parteimitglieder aus. Durch kontinuierliche Mitgliederverluste im Osten und Zuwächse im Westen nähert sich diese Verteilung 2019 jedoch immer mehr einem 50-zu-50-Verhältnis an.<sup>24</sup>

Obgleich eine große Dominanz der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften unter den religiösen Mitgliedern besteht, nehmen andere Glaubensrichtungen in ihrer Bedeutung leicht zu. Die größte Gruppe bilden Muslime, die 1,1 Prozent der Neumitglieder (Gesamtpartei: 0,7 Prozent) ausmachen. Weitere – mit einem Anteil unter jeweils einem Prozent liegende – Gruppen sind Anhänger christlich-orthodoxer Kirchen und Buddhisten.

In der Gesamtschau nehmen religiöse Cleavages innerhalb der LINKEN zwar einen stärkeren Stellenwert als zum Ende der 1990er Jahre ein, die Dominanz konfessionsloser

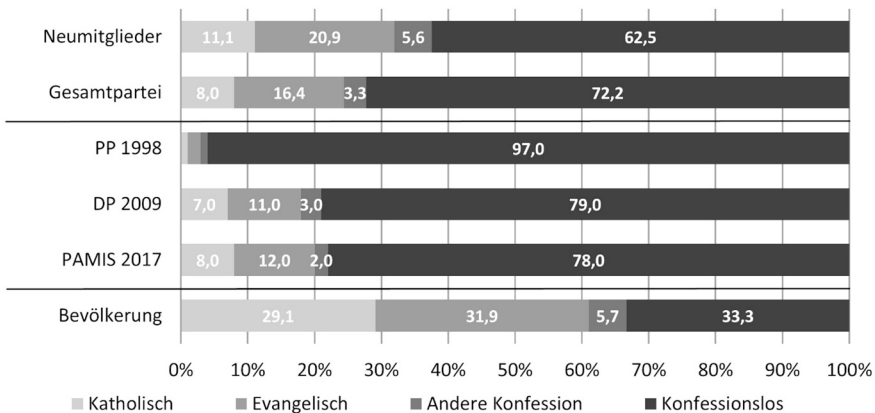
22 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 132.

23 Vgl. Klein et al. 2019, S. 96.

24 Vgl. Träger 2020b, S. 8.

Mitglieder innerhalb der Partei bleibt jedoch auch 20 Jahre später zweifelsfrei erkennbar. Dies wird auch im direkten Vergleich mit der deutschen Bevölkerung<sup>25</sup>, die sich lediglich zu einem Drittel aus konfessionslosen Bürgern zusammensetzt, überaus deutlich, sodass die Repräsentationsstärke der LINKEN mit Blick auf die religiöse Verwurzelung ihrer Mitglieder – trotz Angleichungstendenzen – stark von der gesamtgesellschaftlichen Soziodemografie abweicht. Ungeachtet ihrer programmatischen Aussagen zu religiösen Themenschwerpunkten stellt DIE LINKE offenkundig auch 2019 keine Partei dar, in der Anhänger religiöser Cleavages vermehrt eine politische Heimat finden.

Abbildung 24: Zusammensetzung nach Konfessionszugehörigkeit im Vergleich



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

Eigene Darstellung

h) Gewerkschaftszugehörigkeit Mit dem steigenden relativen Anteil westdeutscher Parteimitglieder ist auch eine zunehmende Zahl von gewerkschaftlich organisierten Personen innerhalb der LINKEN erkennbar (Abb. 25). 2017 machten die Ergebnisse der PAMIS deutlich, dass der Anteil von Gewerkschaftern innerhalb der Partei mit 33,0 Prozent lediglich knapp hinter der SPD (35,0 Prozent) zu verorten ist. Letztgenannte wies im Rahmen der Studie den höchsten Anteil im deutschen Parteiensystem auf.<sup>26</sup> Diese Ergebnisse können durch die Mitgliederbefragung 2019 bestätigt werden.<sup>27</sup> Der Blick auf die Neumitglieder zeigt, dass über ein Drittel ab 2014 in die Partei eingetretenen Personen Mitglied in einer oder mehreren Gewerkschaften ist. Vor dem Hintergrund einer betont gewerkschaftsnahen Programmatik der Partei (vgl. Abschnitt 3.1) erscheint der Befund

25 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 547.

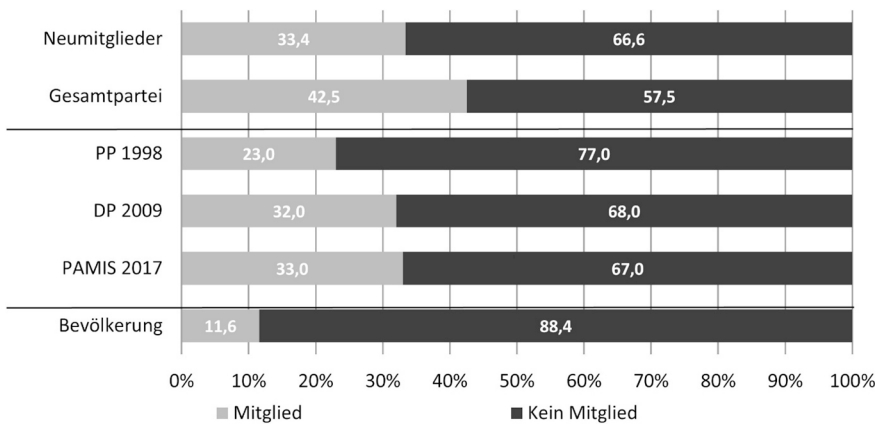
26 Vgl. Klein et al. 2019, S. 94.

27 Die Angaben zur Gesamtpartei sind in Abbildung 25 vor dem Hintergrund der bereits erläuterten, leichten Überrepräsentation westdeutscher Parteimitglieder im Teilnehmerpool zu werten. Der tatsächliche Anteil gewerkschaftlich organisierter Mitglieder innerhalb der Gesamtpartei ist daher vermutlich eher etwas niedriger anzusiedeln, als die Darstellung impliziert.

des hohen Anteils schlüssig und entspricht der – insbesondere durch die DP 2009 und die PAMIS 2017 geprägt – Erwartungshaltung.

Die gesellschaftliche Verwurzelung der Partei ist mit Blick auf Gewerkschaften im besonderen Maße ausgeprägt, was durch den im Vergleich zur deutschen Bevölkerung<sup>28</sup> weitaus höheren Anteil gewerkschaftlich organisierter Personen innerhalb der Mitgliederstruktur deutlich wird. Anders als etwa bei religiösen Gruppen (vgl. g), liegt hierbei eine Abweichung hin zu einer merklichen Überrepräsentation von Gewerkschaftern vor, welche insbesondere die Positionierung der Partei innerhalb der Cleavage-basierten Konfliktlinie »Arbeit versus Kapital« nach Lipset/Rokkan (vgl. Abschnitt 3.1) auf der Seite der Arbeit unterstreicht.

Abbildung 25: Zusammensetzung nach Gewerkschaftszugehörigkeit im Vergleich



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

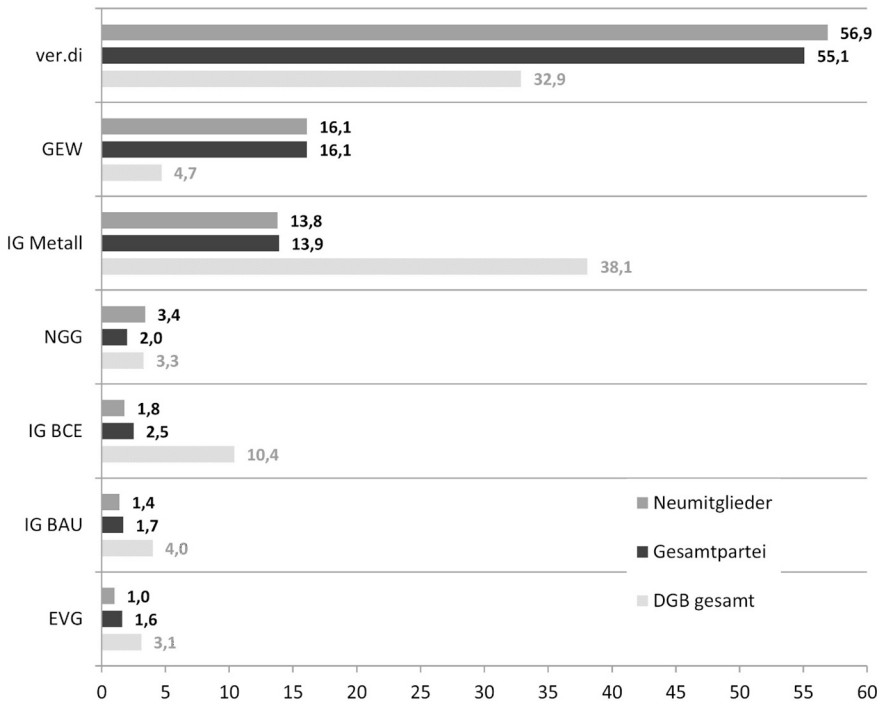
Eigene Darstellung

Die Ausdifferenzierung der Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Zugehörigkeit zu den – im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten – Einzelgewerkschaften erlaubt einen branchenspezifischen Blick auf die Parteimitglieder (Abb. 26). Im parteiunabhängigen Vergleich mit allen deutschen Gewerkschaftsmitgliedern<sup>29</sup> wird zunächst deutlich, dass diese überproportional in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) organisiert sind. Die verbliebenen Einzelgewerkschaften werden hingegen – gemessen an ihrer relativen Mitgliederstärke im DGB – sehr viel schwächer in den Reihen der LINKEN-Parteimitglieder abgebildet, was insbesondere mit Bezug auf die Industriegewerkschaften IG Metall, IG BCE und IG BAU veranschaulicht wird.

28 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 552.

29 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2020.

Abbildung 26: Häufigste Gewerkschaftsmitgliedschaften (Mehrfachnennungen und »keine Angabe« in der Fragestellung möglich). Der schraffierte Balken (DGB gesamt) stellt die relative Verteilung aller Gewerkschaftsmitglieder im Deutschen Gewerkschaftsbund dar<sup>30</sup>



Gewerkschaftsdaten: Gewerkschaftsbund 2020

Eigene Darstellung

i) Migrationshintergrund Ein in den drei großen Parteimitgliederstudien nicht erhobenes soziodemografisches Merkmal bildet die Betrachtung, ob bei Parteimitgliedern ein Migrationshintergrund vorliegt. Zwar existieren bereits Erhebungen zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland<sup>31</sup>, jedoch beschränken sich diese entweder auf die Wahlbeteiligung, Wahlpräferenz und Parteibindung der betreffenden Bevölkerungsgruppe oder auf die Sicht in Parlamente und den Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund – nicht aber auf die Gesamtheit der Parteibasis. Mit Blick auf den 19. Deutschen Bundestag hat DIE LINKE im Vergleich zu allen anderen vertretenen Fraktionen mit 18,8 Prozent<sup>32</sup> den höchsten Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Rückschlüsse auf einen ähnlich hohen Anteil innerhalb der Parteimitglieder können jedoch nicht getroffen werden: Lediglich 8,1 Prozent der

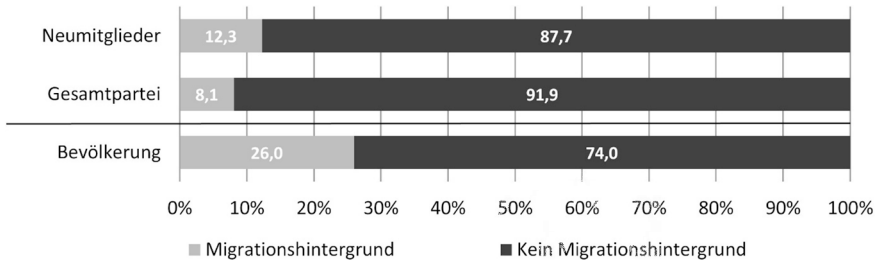
30 Für die Berechnung der dargestellten relativen Häufigkeiten in Prozent wurden nur Mitglieder berücksichtigt, die eine Gewerkschaftszugehörigkeit bejaht haben (vgl. Abb. 25).

31 Vgl. Müssig 2020; Mediendienst Integration 2017; Arsu et al. 2017.

32 Mediendienst Integration 2017.

Befragten gaben im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 an, einen Migrationshintergrund zu besitzen (Abb. 27).

Abbildung 27: Zusammensetzung nach Migrationshintergrund im Vergleich



Bevölkerungsdaten: BMI 2020

Eigene Darstellung

Wenngleich sich der Abgeordneten-Anteil nicht in der Gesamtpartei widerspiegelt, kann durch die Betrachtung der Neumitglieder (Anteil 12,3 Prozent) jedoch ein Trend hin zu mehr Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund beobachtet werden. Es ist naheliegend, dass diese Entwicklung auch auf Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen ost- und westdeutschen Landesverbänden zurückgeführt werden kann: 2019 lebten 95,2 Prozent der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Westdeutschland und Berlin.<sup>33</sup> Durch den zunehmenden Anteil von Parteimitgliedern aus den alten Bundesländern bei gleichzeitigem Mitgliederschwund in den neuen Bundesländern rekrutieren sich die Parteimitglieder der LINKEN demnach vermehrt aus den Regionen, in denen der übergroße Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt.

Ein steigender Anteil würde auch einen angleichenden Effekt an die Bevölkerungsrealität bedeuten, die durch einen Anteil von 26,0 Prozent<sup>34</sup> von Bürgern mit Migrationshintergrund geprägt wird.

j) Familienstand Ebenfalls nicht im Fragenkatalog der drei großen Parteimitgliederstudien enthalten, bildet der Familienstand der Parteimitglieder ein weiteres soziodemografisches Merkmal, das im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 erhoben wurde (Abb. 28). Er bietet einen Indikator für das individuelle Umfeld der LINKEN-Mitglieder und ermöglicht nicht zuletzt in folgenden Abschnitten der Arbeit den Vergleich mit der Gesamtbevölkerung, inwiefern sich Familienstrukturen und Lebenssituationen in der LINKEN widerspiegeln.

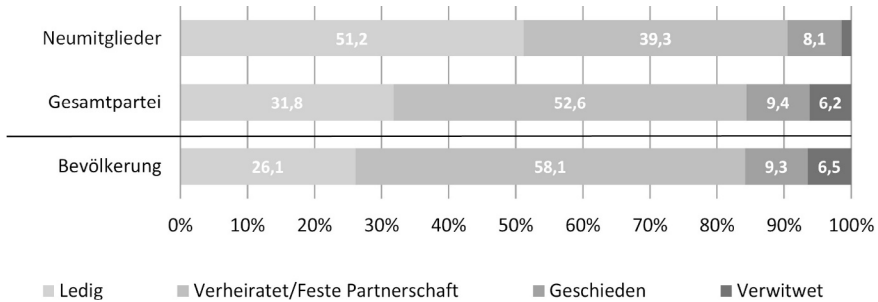
Erwartungsgemäß sind ledige Personen unter den deutlich jüngeren Neumitgliedern mit 51,2 Prozent am häufigsten vertreten, während geschiedene bzw. verwitwete

33 Vgl. bpb 2020c.

34 Bevölkerungsdaten: BMI 2020, S. 15.

Mitglieder – ebenfalls altersbedingt – weniger häufig vorkommen als in der Gesamtpartei.

Abbildung 28: Zusammensetzung nach Familienstand im Vergleich



Bevölkerungsdaten: GESIS 2019

Eigene Darstellung

Gesellschaftlich bildet DIE LINKE als Gesamtpartei die Familiensituationen der bundesdeutschen Bevölkerung<sup>35</sup> weitgehend nach, wenngleich eine kleine Abweichung des Merkmals »Verheiratet/Feste Partnerschaft« nach unten zugunsten lediger Personen besteht.

k) Mitglieder im ländlichen und urbanen Raum Ein letztes soziodemografisches Merkmal, die Verteilung der Parteimitglieder auf ländliche und städtische Gebiete, kann durch die Erhebung des Kreisverbandes im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 abgeleitet werden (Abb. 29). Die Struktur der Kreisverbände verhält sich bis auf wenige Ausnahmen<sup>36</sup> kongruent zur Kreisstruktur der Bundesrepublik Deutschland, wodurch sich die Typologie nach siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung<sup>37</sup> in besonderer Weise für die Definition ländlicher und urbaner Räume eignet. Diese unterscheidet vier verschiedene Kategorien, zwei ländliche und zwei urbane Typen, in die das Bundesgebiet unter Berücksichtigung der Einwohnerdichte sowie des Bevölkerungsanteils in Groß- und Mittelstädte eingeteilt werden kann.<sup>38</sup>

35 Bevölkerungsdaten: GESIS 2019, S. 262.

36 Obwohl sich die Kreisverbände der Partei geografisch weitgehend mit der amtlichen Kreisstruktur decken, gibt es insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern einige wenige Abweichungen. Hierbei handelt es sich um zusammengefasste (Flächen-)Kreisverbände, die sich über zwei amtliche Landkreise erstrecken, oder um ländliche Kreise, die zusammen mit einer kreisfreien Großstadt einen gemeinsamen Kreisverband bilden.

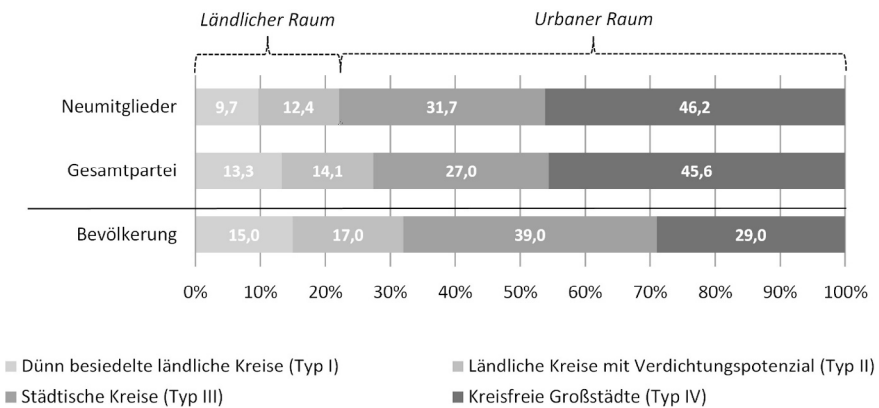
37 Vgl. BBSR 2019.

38 Vgl. ebenda. (I) Dünn besiedelte ländliche Kreise: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil unter 50 Prozent in Groß- und Mittelstädten sowie eine Einwohnerdichte außerhalb dieser Städte unter 100 E./km<sup>2</sup>; (II) Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil von mindestens 50 Prozent in Groß- und Mittelstädten und einer Einwohnerdichte unter 150 E./km<sup>2</sup> und Kreise mit einem Bevölkerungsanteil von weniger als 50 Prozent in Groß- und Mittelstädten und einer Einwohnerdichte von mindestens 100 E./km<sup>2</sup> außerhalb der Städte; (III) Städtische Krei-

Ausgehend von den Untersuchungsergebnissen der Mitgliederbefragung 2019 ist zunächst festzustellen, dass sich die Neumitgliederstruktur nur im geringen Maße von den Resultaten der Gesamtpartei unterscheidet, wobei ein Wandel der Mitgliederstruktur hin zu einer urbanen Stärke bzw. einer ländlichen Schwäche vermutet werden kann: 77,9 Prozent der Neumitglieder rekrutieren sich aus städtischen Kreisen sowie kreisfreien Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, wobei letztgenannte mit 46,2 Prozent den relevanteren Pol innerhalb der urbanen Räume darstellen. Die deutliche Dominanz urbaner Regionen als zentrale Organisationsräume der Partei ist in der Folge überaus deutlich erkennbar.

Der urbane Charakter der LINKEN-Mitgliederstruktur wird weiterhin mit dem Vergleich zu den vorliegenden Bevölkerungsdaten des BBSR<sup>39</sup> unterstrichen. Zwei Befunde erfassen die wesentlichen Unterschiede: Einerseits sind beide Kreistypen des ländlichen Raums (Typ I und II), jedoch insbesondere dünn besiedelte Regionen des ersten Typs, in der LINKEN unterrepräsentiert, andererseits kann der urbane Rekrutierungserfolg der Partei vorwiegend auf Großstädte zurückgeführt werden. Während die Mehrheit der urbanen Bevölkerung in städtischen Kreisen (Typ III) lebt, verlagert sich die anteilige Balance indessen innerhalb der LINKEN-Mitgliederstruktur deutlich auf ebendiese großstädtischen Territorien (Typ IV).

Abbildung 29: Zusammensetzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen im Vergleich



Bevölkerungsdaten: BBSR 2019

Eigene Darstellung

se: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil von mindestens 50 Prozent in Groß- und Mittelstädten sowie einer Einwohnerdichte von mindestens 150 E./km<sup>2</sup> sowie Kreise mit einer Einwohnerdichte von mindestens 150 E./km<sup>2</sup> ohne Berücksichtigung von Groß- und Mittelstädten; (IV) Kreisfreie Großstädte: Kreisfreie Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern.

39 Bevölkerungsdaten: BBSR 2019.

## 5.2 Gesellschaftliche Verwurzelung und Zwischenfazit I

In Abschnitt 5.1 wurde die soziodemografische Zusammensetzung der LINKEN auf mehreren Analyseebenen untersucht. Dabei standen einerseits der innerparteiliche Vergleich zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei, ein wesentliches Forschungsziel der vorliegenden Arbeit, sowie andererseits der Vergleich mit bereits bestehenden Erkenntnissen zur LINKEN und zu anderen deutschen Parteien aus anderen Parteimitgliederstudien im Vordergrund. Innerhalb des Parteiensystems charakterisieren DIE LINKE in der vorangegangenen Analyse wesentliche Besonderheiten. Dazu gehören

- ein vergleichsweise hoher Frauenanteil über dem Durchschnitt des deutschen Parteiensystems (Abschnitt 5.1 a, *Bestätigung Hypothese H.1*),
- das ambivalente Verhältnis zwischen dem höchsten Anteil jüngerer Parteimitglieder (bis 34 Jahre) auf der einen sowie jedoch auch dem höchsten Anteil älterer Mitglieder (80 Jahre und älter) auf der anderen Seite (Abschnitt 5.1 b, *Bestätigung Hypothese H.2 und H.3*),
- ein relativ zu den anderen Vergleichsparteien (mit Ausnahme der SPD) hoher Anteil von Arbeitern und Gewerkschaftern (Abschnitt 5.1 e und h, *Bestätigung Hypothese H.4 und H.5*),
- der deutlich größte Anteil von Mitgliedern, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zuordnen (Abschnitt 5.1. f, *Bestätigung Hypothese H.6*)
- sowie der mit großem Abstand größte Anteil konfessionsloser Parteimitglieder (vgl. Abschnitt 5.1 g, *Bestätigung Hypothese H.7*).

Welche Faktoren nun aus den beschriebenen Untersuchungsergebnissen einen Parteieintritt begünstigen bzw. aus welchen soziodemografischen Merkmalen eine höhere Beitrittswahrscheinlichkeit abgeleitet werden kann, zeigt der Vergleich mit den Bevölkerungsdaten, d.h. der Sozialstruktur der Bundesrepublik (Abb. 30). Dieser gibt darüber hinaus Auskunft über die gesellschaftliche Verwurzelung der LINKEN innerhalb der Bevölkerung. Es gilt dabei, zwischen Merkmalen zu unterscheiden, die eine Parteimitgliedschaft generell, d.h. unabhängig von der jeweiligen Partei, begünstigen und solche Faktoren, die den Eintritt in DIE LINKE im Speziellen aus soziodemografischer Perspektive befördern.

Einhergehend mit den Erkenntnissen der DP 2009 und der PAMIS 2017 bestätigt auch die Mitgliederbefragung 2019 grundlegende Aussagen der jüngeren Parteienforschung<sup>40</sup> zu den generellen soziodemografischen Beitrittsfaktoren. Hierzu zählt die Überrepräsentation von Männern im Hinblick auf die Geschlechterverteilung sowie eine überalterte Mitgliedschaft, der eine niedrigere Zahl von Erwerbspersonen ebenso inhärent ist wie ein großer Anteil von Ruheständlern. Letztgenannte gleiche sich aufgrund vermehrter Todesfälle allmählich an die Altersstruktur der Bevölkerung an, wobei sich ein Wandel von größeren, überalterten Mitgliedschaften hin zu kleineren, sich der gesellschaftlichen Demografie wieder annähernden Mitgliederstrukturen voll-

40 Vgl. hierzu Klein et al. 2019, S. 97f.; Hoffmann 2011, S. 80–84; Niedermayer 2013, S. 166–169.

ziehe.<sup>41</sup> Beide Erkenntnisse können mit Blick auf DIE LINKE bestätigt werden: Eine Veränderung der Geschlechterverteilung kann aufgrund des überaus hohen Anteils männlicher Neumitglieder nicht prognostiziert werden. Indessen steigt der Anteil jüngerer Mitglieder – und damit auch der Anteil von Erwerbspersonen – seit 1998 innerhalb der schrumpfenden Mitgliedschaft kontinuierlich an. Es erscheint darüber hinaus schlüssig, den Zuwachs innerhalb der ältesten Kohorte (MB 2019: ab 76 Jahren; Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017: ab 80 Jahren) durch das Altern einer großen Zahl ehemaliger SED-Mitglieder zu erklären.<sup>42</sup>

Eine weitere Gemeinsamkeit, die sich über die komplette Parteienlandschaft erstreckt und allen voran aus der Ressourcentheorie abgeleitet werden kann, besteht in der Überrepräsentation Höhergebildeter in den Parteimitgliedschaften. Wie der Vergleich mit der Bevölkerung zeigt, beschreitet auch DIE LINKE keinen Sonderweg, sondern bestätigt einen wesentlichen Befund deutscher Parteienforschung. So ist der relative Anteil von Personen mit (Fach-)Hochschulreife 5,4 Prozentpunkte, der Anteil derer mit Hochschulabschluss sogar 38,3 Prozentpunkte höher angesiedelt als in der Bevölkerung. Der Blick auf die Neumitglieder bestätigt darüber hinaus den Erhalt dieses Status quo: Zwar ist der Anteil der Mitglieder mit abgeschlossener Hochschulbildung geringer als in der Gesamtpartei, allerdings lässt der höhere Anteil von Personen mit (Fach-)Hochschulreife auf eine große Zahl von Studierenden schließen, die ihre akademische Ausbildung aufgrund des jüngeren Alters bislang nicht abgeschlossen haben.

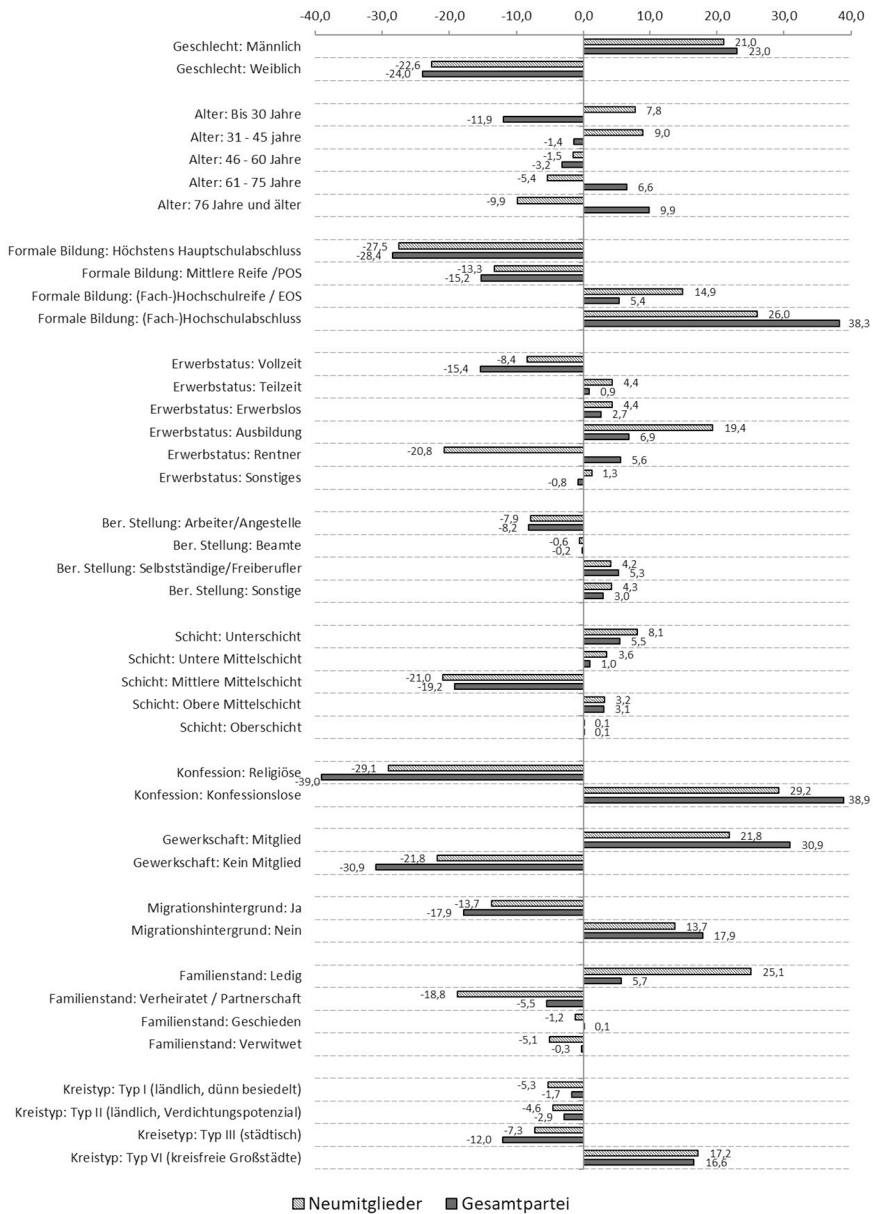
Neben den o.g. Erkenntnissen, die auf DIE LINKE gleichermaßen zutreffend sind wie auf sämtliche anderen untersuchten Parteien im Rahmen der PAMIS 2017, bestehen weitere Spezifika, in denen sich DIE LINKE nicht nur von anderen Parteien, sondern auch von der Bevölkerung unterscheidet. Neben der eingangs in diesem Abschnitt bereits erwähnten großen Unterrepräsentation von Religionsgemeinschaften in der Mitgliederstruktur (und der damit einhergehend überwältigenden Mehrheit konfessionsloser Mitglieder), sowie der Überrepräsentation von Gewerkschaften ist vor allem die Selbstidentifikation mit der sozialen Unterschicht bzw. der unteren Mittelschicht unter den LINKEN-Mitgliedern ein markanter Befund: Nicht nur, dass diese sich im Vergleich zu allen anderen Parteien am ehesten mit den Bevölkerungsdaten deckt, sondern gar in einer leichten Überrepräsentation der untersten sozialen Schichten mündet.

---

41 Vgl. Klein et al. 2019, S. 97; Wiesendahl/Höhne/Cordes 2018, S. 304–324.

42 Vgl. Klein et al. 2019, S. 87.

Abbildung 30: Soziodemografische Abweichung der Mitgliederstruktur (MB 2019) von der Bevölkerung in Prozentpunkten nach Einzelmerkmalen



Eigene Darstellung auf Grundlage der zusammengefassten Daten aus den Abbildungen in Abschnitt 5.1

Bezugnehmend auf die Verteilung der Parteimitglieder auf ländliche bzw. urbane Räume kann festgestellt werden, dass die Partei ein zunehmend (groß-)städtisches Milieu repräsentiert und vorwiegend in Ballungszentren bzw. Metropolregionen mitgliederstark in Erscheinung tritt. Eine Ausnahme bilden lediglich ostdeutsche Flächen-Kreisverbände, deren Mitgliedschaften sich jedoch aufgrund vieler Todesfälle älterer Mitglieder mit SED-Hintergrund und die fehlende Kompensation durch Neurekrutierung zahlenmäßig weiter reduzieren. Folglich verlagert sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis auch in den ostdeutschen Landesverbänden rapide in strukturell stark aufgestellte Stadtverbände auf der einen sowie mitgliederschwache Kreisverbände auf der anderen Seite. DIE LINKE verliert durch diese Entwicklung zusehends im Osten ihre gesellschaftliche Verwurzelung im ländlichen Raum und nähert sich an ihre Verhältnisse in den alten Bundesländern an, in denen zu keinem Zeitpunkt eine flächendeckende Verankerung der Partei in eher dünn besiedelten ländlichen Regionen bestand. Die Entwicklung hin zu einer Partei mit großstädtischer Mitgliedschaft wird ebenfalls durch den Blick auf die Befragungsergebnisse der Neumitglieder manifestiert und in ihrem Trend bestätigt: Unter jenen, die nach 2013 der LINKEN beigetreten sind, besteht eine noch geringere Verwurzelung innerhalb der ländlichen Kreistypen I und II als in der Gesamtmitgliedschaft – zugunsten einer erheblichen Mehrheit von Neumitgliedern aus den urbanen Kreistypen III und – insbesondere – IV.

Wer tritt nun heute in DIE LINKE ein? Grundsätzlich zeichnet sich die moderne Neumitgliederstruktur der Partei zunächst vor allem durch männliche, konfessionslose und höher gebildete Anhänger in den Großstädten aus, wobei insbesondere der hohe Bildungsstand eine wesentliche Aussage der Ressourcentheorie bestätigt. Weiterhin charakterisieren sich die Neumitglieder – ebenso wie die Gesamtmitgliedschaft – durch eine leichte Überrepräsentation selbstständiger und freiberuflich tätiger Personengruppen, die durch handlungsrelevante Kompetenzen wie etwa Organisationsfähigkeit und finanzielle Mittel in der Parteimitgliederforschung<sup>43</sup> als ebenfalls ressourcenstark gelten.

Überdies schafft es DIE LINKE eine im Vergleich zu anderen Parteien hohe Repräsentation von Gewerkschaftern und Arbeitern zu mobilisieren, auch wenn letztgenannte im bevölkerungsspezifischen Vergleich nach wie vor erheblich unterrepräsentiert abgebildet werden. Gemeinsam mit dem konstanten Befund einer weitgehend konfessionslosen Partei bestätigt DIE LINKE durch diese spezifischen Faktoren jene Hypothesen, die auf die Cleavagetheorie zurückgeführt werden können, vollumfänglich (Konfessionslosigkeit) oder zumindest im relativen Vergleich zu anderen Parteien (Repräsentation von Arbeitern).

Mit Blick auf die Schichteinstufung der Mitglieder entsteht zunächst ein theoretischer Konflikt zwischen der Cleavage-bedingten Assoziation der LINKEN mit sozial schwächeren Schichten auf der einen und der ressourcentheoretischen Grundannahme einer Überrepräsentation sozial stärkerer Schichten in Parteien auf der anderen Seite. Im starken Kontrast zu den anderen Vergleichsparteien der PAMIS 2017, bei denen grundsätzlich die ressourcentheoretische Hypothese von sozial bessergestellten Parteimitgliedschaften mit umfassender Disposition von (materiell) handlungsrelevanten

43 Vgl. Klein et al. 2019, S. 98.

Ressourcen bestätigt wurde, beschreitet DIE LINKE einen Sonderweg: Sowohl Neumitglieder als auch Gesamtpartei spiegeln bezugnehmend auf die obere Mittelschicht und die Oberschicht etwa die Verhältnisse wider, die in der Bevölkerung beobachtet werden können, d.h. eine aus der Ressourcentheorie abgeleitete Überrepräsentation dieser Schichten kann sowohl in der Mitgliederbefragung 2019 als auch in den anderen, hier behandelten Vergleichsstudien nicht bestätigt werden. Ferner zeigt sich eine im Vergleich zu den betrachteten Bevölkerungsdaten nur sehr schmal repräsentierte (mittlere) Mittelschicht sowohl bei den Neumitgliedern als auch in der Gesamtpartei. Wenngleich dieser Befund allein und insbesondere im Vergleich mit den Grünen, der FDP und der CSU zunächst keine Besonderheit der LINKEN<sup>44</sup> darstellt, unterscheiden sich die Gründe für eine solche Verteilung jedoch erheblich: Während die Unterrepräsentation der mittleren Mittelschicht bei den anderen PAMIS-Parteien maßgeblich durch die breite Ausprägung der beiden oberen sozialen Schichten erklärt werden kann, liegt im Fall der LINKEN eine im parteiübergreifenden Vergleich deutliche – und auch in der bevölkerungsspezifischen Gegenüberstellung markante – Überrepräsentation der unteren Mittelschicht sowie der Unterschicht vor.<sup>45</sup> Die eingangs beschriebene Ambivalenz zwischen Cleavage- und Ressourcentheorie mit Bezug auf die soziale Schichtverteilung wird folglich in der Praxis durch eine offenkundige Dominanz des Cleavage-Ansatzes im Sinne des parteieigenen Repräsentationsanspruchs für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen<sup>46</sup> gelöst. Inwiefern die Selbstwahrnehmung der Parteimitglieder bzw. ihre subjektive Zuordnung zu einer der beiden unteren Schichten angesichts der hochgebildeten und weitgehend erwerbstätigen Mitgliedschaft objektiv gerechtfertigt ist, oder ob es sich bei der Selbsteinschätzung vorrangig um eine eher ideelle Solidaritätsbekundung mit jenen Bevölkerungsteilen handelt, die die Partei mit ihrem Repräsentationsanspruch im besonderen Maß vertreten und elektoral erreichen will, bleibt offen.

In der parteiinternen Differenzierung zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei ist zusammenfassend ein soziodemografischer Wandel der LINKEN-Mitgliedschaft erkennbar. Aktuell reihen sich die Neumitglieder in eine nach wie vor überalterte Gesamtmittgliederstruktur mit zahlenmäßigen Schwerpunkten in Ostdeutschland ein, die sich spätestens mit dem Tod der letzten Parteimitglieder mit SED-Vergangenheit verändern wird: Diese »neue« Mitgliederstruktur der LINKEN wird vor allem westdeutscher, formal noch gebildeter und – mit einem deutlichen Fokus auf Großstädte und dicht besiedelte urbane Regionen – räumlich konzentrierter sein. Die umfassenden und kontrastreichen Gegensätze der Partei zur Bevölkerung, ob nun in Form allgemeingültiger Befunde für das gesamte Parteiensystem oder für DIE LINKE im Speziellen, stellen nicht zuletzt die deskriptive Repräsentationskraft der Partei in Bezug auf ihre Wähler<sup>47</sup> und die Bevölkerung als Ganzes infrage. Angesichts des Mitgliederrückgangs in den neuen Bundesländern sowie gravierenden Stimmenverlusten in Ostdeutschland bei den jüngsten Wahlen auf allen politischen Ebenen, welche lediglich sporadisch (Bundestagswahl

44 Vgl. Klein et al. 2019, S. 93.

45 Vgl. hierzu auch Dilling 2017, S. 110.

46 Vgl. Spier 2017, S. 195.

47 Vgl. Spier 2017, S. 199–216.

2017) durch westdeutsche Stimmen kompensiert werden konnten, kann DIE LINKE ihren Repräsentationsanspruch als Regionalpartei Ost nur noch schwer verteidigen bzw. halten.

Einhergehend mit einer schwächer werdenden gesellschaftlichen Verwurzelung in der Fläche bzw. im ländlichen Raum sowie der im Vergleich zur Bevölkerung geringen Repräsentation von Arbeitern und Menschen mit niedrigerer formaler Bildung in der eigenen Mitgliedschaft entsteht letztlich eine Cleavage-bedingte soziodemografische Herausforderung, die mehr und mehr in der Frage mündet: Wie kann es einer zunehmend in Großstädten organisierten linken Partei mit hauptsächlich akademisch gebildeten Mitgliedern gelingen, die Adressaten ihres politischen Programms zu erreichen, bei Wahlen zu mobilisieren und nicht zuletzt für eine Parteimitgliedschaft zu begeistern?

### 5.3 Parteiaktivität

Um Aussagen über die Handlungsfähigkeit von politischen Parteien treffen zu können, reicht es nicht aus, lediglich die absoluten Mitgliederzahlen zu betrachten. Vielmehr muss untersucht werden, inwiefern die Partei in der Lage ist, parteiinterne Ämter und gewonnene Mandate mit Mitgliedern aus den eigenen Reihen zu besetzen, Wahlkämpfe lokal durchzuführen und allgemeine Organisations- und Kommunikationsfunktionen, die etwa für die Planung und Umsetzung von Parteiversammlungen und anderen politischen Aktivitäten nötig sind, aufrechtzuerhalten.<sup>48</sup> Hierzu ist es sinnvoll, das Aktivitätsniveau der Parteimitglieder auf verschiedenen Untersuchungsebenen näher zu beleuchten (vgl. Abschnitt 3.1.2).

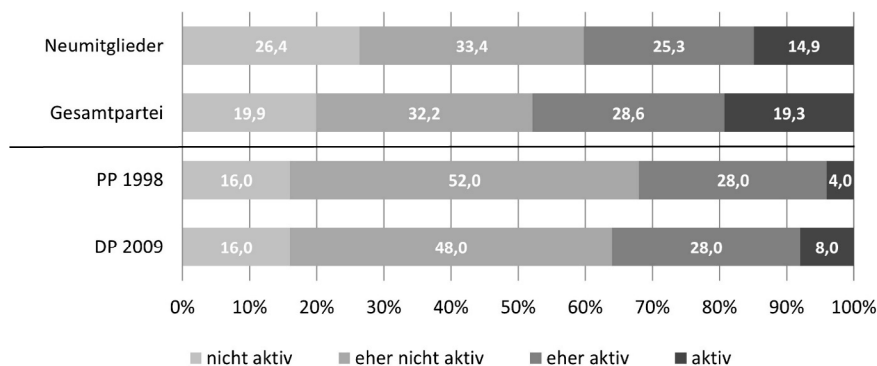
a) Allgemeines Aktivitätsniveau im Spiegel der Soziodemografie Das allgemeine Aktivitätsniveau stellt mit der subjektiven Einschätzung der eigenen Aktivität auf einer 4-stufigen Skala einen ersten Schritt zur Beantwortung der Frage dar, wie stark der Anteil der aktiven bzw. inaktiven Mitglieder in der Partei ausgeprägt ist (Abb. 31). Der Längsschnitt-Vergleich mit der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998 und der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009<sup>49</sup> zeigt zunächst einen Anstieg der Aktivität in der Gesamtpartei: Zählten sich 1998 lediglich 32,0 Prozent zu den Aktiven<sup>50</sup>, stieg deren Anteil 2009 bereits auf 36,0 Prozent und erreichte im Rahmen der Erhebung für die Mitgliederbefragung 2019 einen Wert von 47,9 Prozent. Diese Entwicklung scheint besonders vor dem Hintergrund eines schrumpfenden Mitgliederbestandes, der weitestgehend auf viele, nicht durch Neurekrutierung kompensierte Todesfälle älterer und bereits 1998 inaktiver Parteimitglieder im Osten zurückgeführt werden kann, schlüssig.

48 Vgl. auch Spier 2011a, S. 97.

49 Vgl. ebenda, S. 99; Daten für die PAMIS 2017 wurden mit Blick auf das Aktivitätsniveau bisher noch nicht publiziert.

50 Hier und in folgenden Ausführungen werden, zusammengefasst und sofern nicht anders definiert, all jene als »Aktive« bezeichnet, die ihre eigene Aktivität mit »eher aktiv« und »aktiv« einschätzen. Umgekehrt werden die Ausprägungen »nicht aktiv« und »eher nicht aktiv« unter dem Begriff »Inaktive« zusammengefasst.

Abbildung 31: Allgemeines Aktivitätsniveau im Vergleich



Eigene Darstellung

Auffällig ist hingegen, dass die Gruppe der Neumitglieder in der Gesamtschau nicht an das Aktivitätsniveau der Gesamtpartei anknüpft, sondern mit lediglich 40,2 Prozent einen niedrigeren Anteil von Aktiven in ihren Reihen erreicht und damit kaum mehr als zwei von fünf neu eingetretenen Mitgliedern an der Parteiarbeit partizipieren. Dies widerspricht einerseits der natürlichen Annahme, dass gerade frisch eingetretene Personen eine höhere Aktivitätsbereitschaft in ihr neues politisches Engagement einbringen und lässt andererseits den Schluss vermuten, dass es der LINKEN nicht vollumfänglich gelingt, neu gewonnenes Potenzial für die Aufrechterhaltung und Expansion ihrer Funktionen und Aufgaben zu mobilisieren bzw. zu aktivieren.

Wird das Aktivitätsniveau unter soziodemografischen Gesichtspunkten betrachtet (Abb. 32), erschließen sich jedoch weitere Erklärungsansätze für die im Vergleich zur Gesamtpartei niedrigere Aktivität der Neumitglieder. Zunächst ist deutlich erkennbar, dass das Aktivitätsniveau der LINKEN-Mitglieder besonders im Rentenalter steigt – ein Widerspruch zu den parteiunabhängigen Ergebnissen der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009, innerhalb derer ein Rückgang der Aktivität mit steigendem Lebensalter festgestellt wurde.<sup>51</sup> Offenbar bilden ältere Mitgliederkreise noch immer ein wichtiges Rückgrat der Parteiarbeit. Es ist in diesem Zusammenhang naheliegend, dass die hohe Aktivität im Alter nicht zuletzt aufgrund der – für DIE LINKE charakteristischen – Lücke innerhalb der zahlenmäßig schwach ausgeprägten mittleren Alterskohorten entsteht: Durch das Fehlen von Dreißig- bis Sechzigjährigen partizipieren die ältesten Mitglieder länger an der aktiven Parteiarbeit und übernehmen Aufgaben, die in anderen Parteien bereits an ebendiese Mitglieder mittleren Alters abgegeben werden konnten. Befördert wird dieser Umstand durch die Tatsache, dass es sich bei Rentnern und Pensionären bei Abwesenheit altersbedingter (gesundheitlicher) Einschränkungen um eine mitunter ressourcenstarke Gruppe handeln kann. Anders als etwa Erwerbstätige in Vollzeit verfügen sie häufiger über größere zeitliche Kapazitäten und anders als etwa Auszubildende und Studenten über mehr finanzielle Absicherung. Ein weiterer Faktor für die etwas geringere Aktivität der Neumitglieder ist offenkundig deren höhere Konzentration auf urbane

51 Vgl. Spier 2011a, S. 101.

Räume. So kann ein deutlicher und über alle Kreistypen kontinuierlicher Abfall des Aktivitätsniveaus zwischen dünn besiedelten ländlichen Kreisen (52,9 Prozent Aktive) auf der einen und Großstädten (34,5 Prozent Aktive) auf der anderen Seite beobachtet werden. Einen möglichen Erklärungsansatz für dieses Phänomen bietet der Einfluss der Gruppengröße auf die Mitgliederaktivität: Demnach gingen bereits vorangegangene Studien von einem negativen Einfluss größerer Gruppen auf die individuelle Aktivität von Parteimitgliedern aus<sup>52</sup> oder konnten derartige Effekte nachweisen<sup>53</sup>. Die Ausgangslage wird durch die Annahme beschrieben, dass mit steigender Mitgliederzahl in einer Organisationseinheit, etwa dem Kreisverband, die Aktivität des Einzelnen abnimmt, da einerseits sein eigener Beitrag an der Produktion des Kollektivguts einer Partei, der Durchsetzung politischer Interessen, als unerheblicher wahrgenommen wird und er andererseits nicht vom Nutzen dieses Kollektivguts – alle Mitglieder partizipieren am Erfolg oder Misserfolg der Partei – ausgeschlossen werden kann.<sup>54</sup> Im Umkehrschluss lastet die Parteiarbeit in weniger mitgliederstarken Gruppen auf einer kleineren Zahl von Individuen, sodass das die mögliche Inaktivität des einzelnen Parteimitglieds innerhalb der Organisationseinheit deutlicher wahrgenommen wird. Ein eben solches Phänomen kann auch durch die Datenerhebung im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 nachgewiesen werden: Je mehr Mitglieder in einem Kreistyp organisiert sind, umso geringer fällt der Anteil der aktiven Mitglieder in dieser Organisationseinheit aus. Da die Mitgliederzahl innerhalb der Partei steigt, je städtischer der Kreisverband ist, ergibt sich folglich für DIE LINKE die logische Schlussfolgerung: Je urbaner die Organisationseinheit, umso niedriger die individuelle Aktivität.

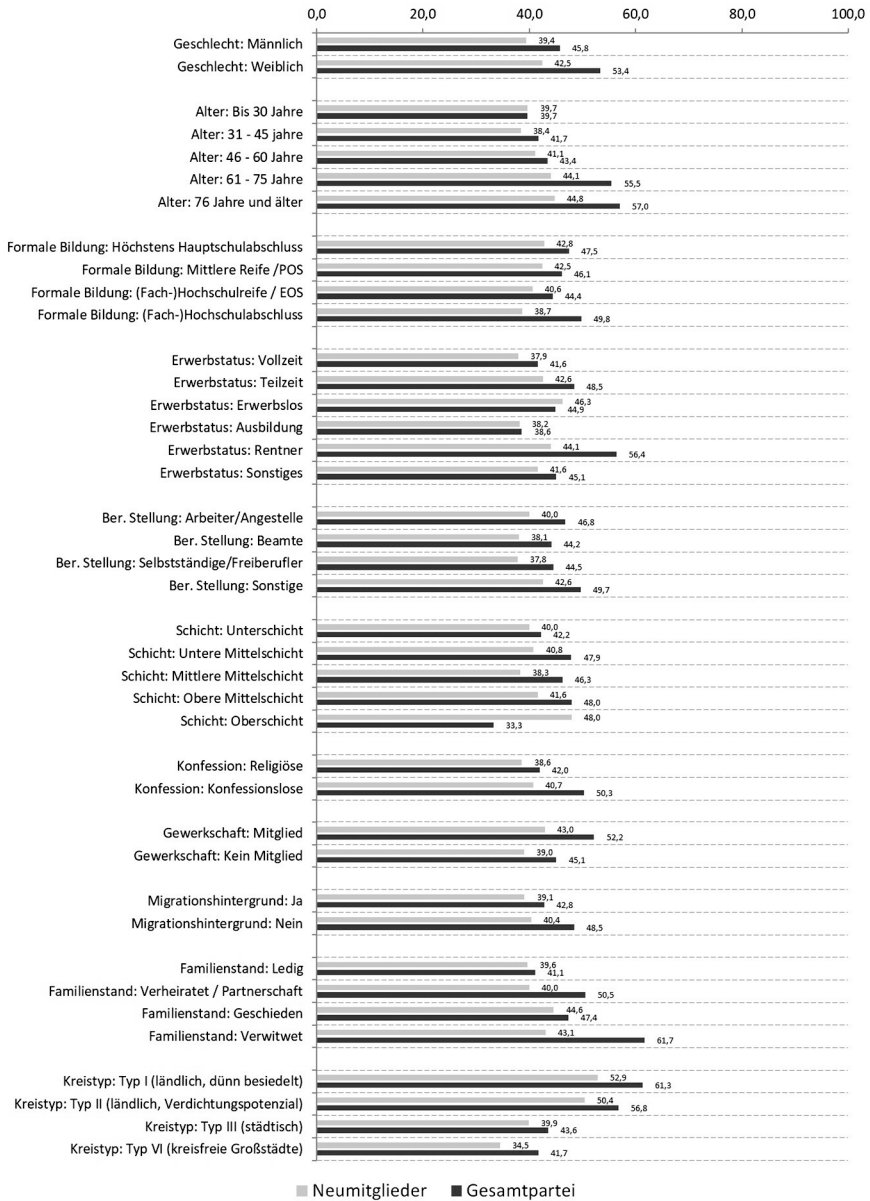
b) Parteiämter und öffentliche Mandate Im weiteren Verständnis der Parteiaktivität können Übernahmen von Parteiämtern, d.h. funktionalen Positionen (z.B. Ortsvorstand, Kreisvorstand) oder von öffentlichen Mandaten (z.B. der Sitz im Gemeinderat) als naheliegende Aktivitätsformen definiert werden, die aus der Parteimitgliedschaft resultieren. In der Gesamtschau haben 29,6 Prozent der LINKEN-Mitglieder mindestens einmal ein Parteiamt oder ein öffentliches Mandat bekleidet, 12,6 Prozent hatten darüber hinaus beide Funktionen inne (Abb. 33). Einen erwartungsgemäß niedrigeren Wert erreichen die Neumitglieder: Etwa ein Viertel derer, die zwischen 2014 und 2019 in DIE LINKE eingetreten sind, wurden in mindestens eine Funktion gewählt. Es liegt in der Natur der Sache, dass – unabhängig von der Betrachtungsebene – der Anteil öffentlicher Mandate geringer ausfällt als der von Parteiämtern. Dies ist nicht zuletzt auf die höheren elektoralen Hürden zurückzuführen: Benötigt die Wahl in ein Parteiamt lediglich den parteiinternen Wahlerfolg, erfordert ein öffentliches Mandat neben einer solchen parteiinternen Entscheidung zusätzlich noch den Erfolg bei der jeweiligen öffentlichen Wahl.

52 Vgl. Scarrow 2000.

53 Vgl. Seyd/Whiteley 2002; Nonnenmacher/Spier 2014.

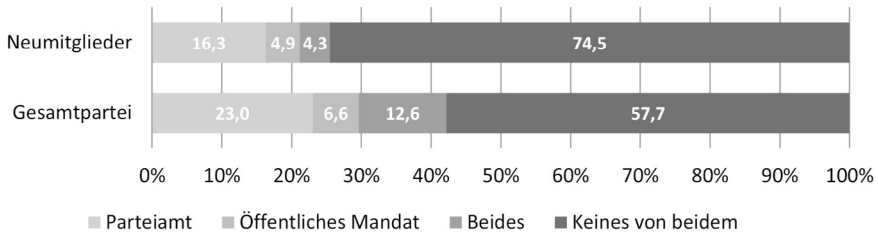
54 Vgl. Nonnenmacher/Spier 2014, S. 11; Olson 1965.

Abbildung 32: Aktivitätsniveau nach soziodemografischen Gruppen; relative Anteile der Aktiven in Prozent



Eigene Darstellung

Abbildung 33: Ämter und Mandate



Eigene Darstellung

Aus soziodemografischer Sicht und im gesamtparteilichen Kontext ist bei der Übernahme von Ämtern und Mandaten einerseits festzustellen, dass etwa die Hälfte der weiblichen (48,6 Prozent) und nur 39,9 Prozent der männlichen Parteimitglieder Ämter oder Mandate wahrgenommen haben. Es ist naheliegend, dass dieser Unterschied auf den niedrigeren Frauenanteil und die seit dem Parteitag 2011<sup>55</sup> geltenden satzungsbedingten Vorgaben zur Quotierung von Wahllisten zurückgeführt werden kann, welche für »Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten [sowie bei] der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern«<sup>56</sup> eine mindestens zur Hälfte weibliche Besetzung vorschreiben. Andererseits stellt die formale Bildung – der Ressourcentheorie folgend – einen weiteren soziodemografischen Faktor für die Übernahme von Ämtern und Mandaten dar. So ist der Anteil derer, die bereits eine solche Funktion wahrgenommen haben, mit 46,0 Prozent bei Parteimitgliedern mit Hochschulabschluss am größten, während die Gruppe der Mitglieder, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, mit lediglich 38,9 Prozent die geringste Dichte von Amt- und Mandatsübernahmen im bildungsspezifischen Kontext vorweist.

c) Aktivitätsniveau nach innerparteilichen Partizipationsformen In einem weiteren Schritt kann die innerparteiliche Aktivität in noch spezifischere Partizipationsformen unterteilt werden, die typische Aufgaben und Tätigkeitsfelder innerhalb der Parteiarbeit widerspiegeln (vgl. Abschnitt 3.1.2). Mit der Einzelbetrachtung der unterschiedlichen Items (Abb. 34) wird sowohl mit Bezug auf die Neumitglieder als auch auf die Gesamtpartei zunächst deutlich, dass sich die Parteiaktivität am häufigsten in der Teilnahme an Versammlungen, Festen und über das Erledigen kleinerer Aufgaben, wie etwa das Verteilen von Informationsmaterialien, äußert (Items 1–3). Dabei sticht insbesondere der Besuch von Versammlungen im gesamtparteilichen Kontext mit 54,2 Prozent der Befragten im Antwortbereich »eher häufig« und »sehr häufig« hervor (Neumitglieder: 41,8 Prozent), womit eine wesentliche Erkenntnis von Klein 2006<sup>57</sup> in Bezug auf DIE LINKE (damals PDS) – die hohe Bereitschaft zur Versammlungsteilnahme – auch noch 2019 teilweise bestätigt werden kann, wenngleich der Blick auf die Neumitglieder einen abnehmenden Trend prognostiziert. Neben den bereits genannten Partizipationsformen kennzeichnen sich

55 Vgl. DIE LINKE 2011b.

56 §10 Abs. 4 und 5 Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

57 Vgl. Klein 2006, S. 55.

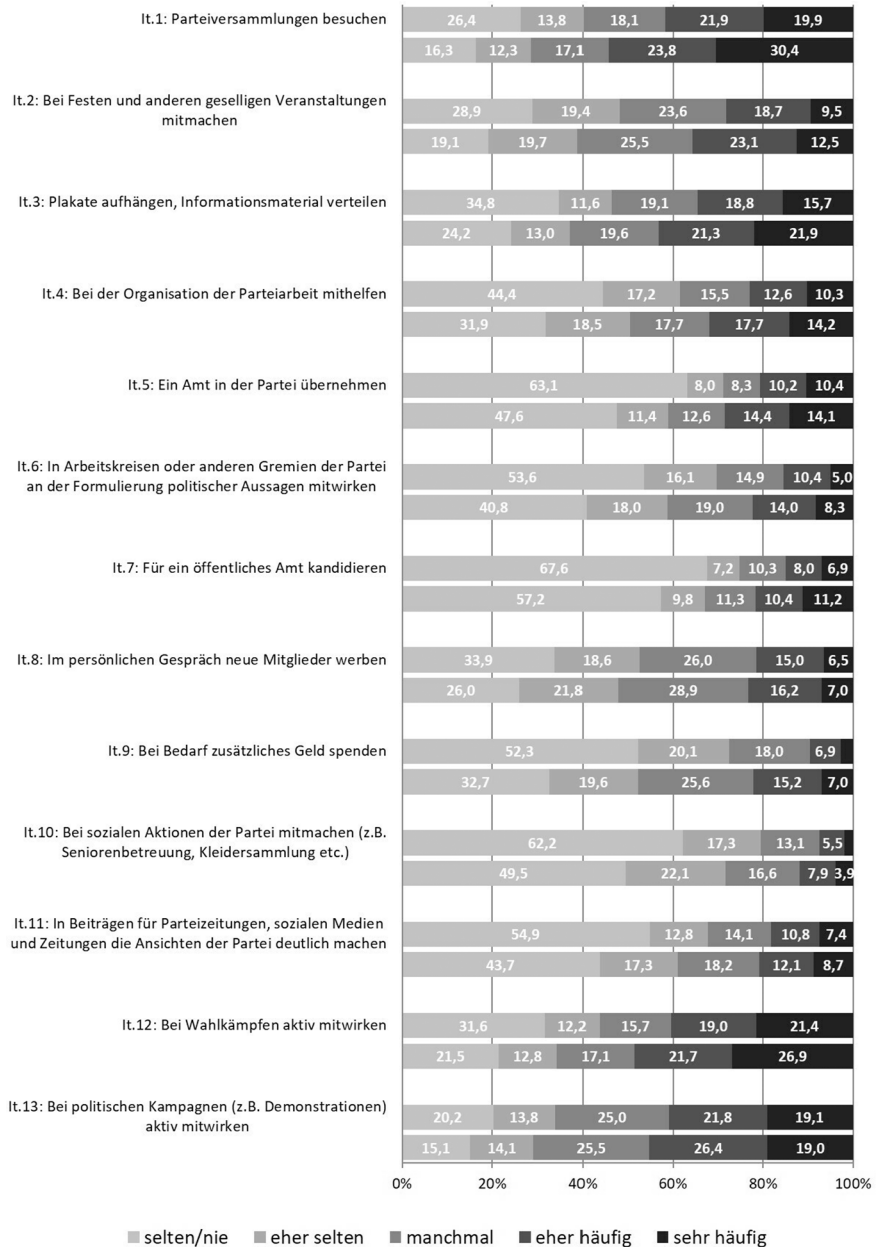
auch die beiden in der Mitgliederbefragung 2019 neu hinzugefügten Items, d.h. das Engagement bei Wahlkämpfen und politischen Kampagnen, als eine vergleichsweise häufige Teilhabeform. Von der großen Mehrheit der Mitglieder eher selten wahrgenommene Tätigkeiten sind hingegen die Teilnahme an sozialen Aktionen der Partei sowie – bezugnehmend auf die Neumitglieder – die Bereitschaft für zusätzliche Spenden, die Kandidatur für ein öffentliches Amt und die Gremienarbeit, etwa zur Formulierung politischer Aussagen. Der Anteil derer, die diesen Tätigkeiten häufig nachgehen, erreicht dabei einen Maximalwert von nicht mehr als 15 Prozent. Für die Differenzierung gilt es jedoch zu beachten, dass einige Partizipationsformen einen höheren oder niedrigeren Bedarf an Parteimitgliedern benötigen als andere. So liegt es in der Natur der Sache, dass für die Gesamtmitgliederversammlung in einem Kreisverband die Teilnahme von möglichst vielen Mitgliedern erwünscht ist, während etwa die geringere Zahl an Listenplätzen für die Kandidatur auf ein öffentliches Mandat einen vergleichsweise eher limitierten Personenkreis voraussetzen.

Nach der Ausführung einer in Anlehnung an Klein 2006 vorgenommenen Clusterbildung<sup>58</sup> (vgl. Abschnitt 3.1.2) mit den Daten der Mitgliederbefragung 2019 spiegeln sich die von ihm 2006 ermittelten Aktivitätstypen – Karteileichen, Versammlungsbesucher, geselligkeitsorientierte Aktive und ämterorientierte Aktive – nur in eingeschränkter Form in der Analyse wider, innerhalb derer lediglich grundsätzliche Charakteristika der Klein-Typologie erkannt werden können. Zwar erscheint die Unterteilung in vier Typen nach wie vor sinnvoll, diese können auf Datengrundlage der Mitgliederbefragung jedoch nicht in einer mit Klein 2006 vergleichbaren Trennschärfe nachgewiesen werden (Tab. 19), wodurch nicht zuletzt ihre typologischen Bezeichnungen einer Neudefinition bedürfen.

---

58 Vgl. Klein 2006, S. 53f; Anhang 1. Bei der ausgeführten Clusteranalyse handelt es sich im Detail um eine Clusterzentrenanalyse mit der SPSS-Prozedur »k-means-cluster«. Der wesentliche Unterschied zu anderen Clusterbildenden Verfahren liegt hierbei darin, dass eine gewünschte Anzahl an Clustern (k-Wert) vor der Berechnung erzwungen wird. Ähnlich Klein 2006, wurden die unterschiedlichen Aktivitätsvariablen in einem ersten Schritt dichotomisiert (Wert 1: »häufig« und »sehr häufig«, Wert 0: »selten/nie«, »eher selten« und »manchmal«). In einem zweiten Schritt wurden – unter Vorgabe von zwei bis acht Clustern – die Ergebnisse miteinander verglichen, wobei die Lösung mit vier vorgegebenen Clustern sowohl eine bestmögliche Interpretation als auch eine größtmögliche Trennschärfe ergab.

Abbildung 34: Aktivitätsniveau nach innerparteilichen Partizipationsformen (oberer Balken: Neumitglieder; unterer Balken: Gesamtpartei)



Eigene Darstellung

Tabelle 19: Aktiven-Anteil nach Partizipationsformen und Partizipationstypenbildung. Relative Anteile in Prozent (Es wird nur der Anteil der Befragten berücksichtigt, der einer jeweiligen Tätigkeit »eher häufig« oder »sehr häufig« nachgeht; Anteile über 50 Prozent grau hinterlegt)

It.	Neumitglieder					Gesamtpartei				
	Ge-samt	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge-samt	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
1	42	12	65	95	97	54	18	73	95	97
2	28	5	46	59	86	36	6	48	60	84
3	35	4	66	76	90	43	4	69	79	91
4	23	1	19	80	91	32	2	22	80	93
5	21	2	2	92	88	29	3	3	91	87
6	15	3	13	36	71	22	5	14	39	77
7	15	2	10	40	75	22	4	12	41	78
8	22	10	31	14	85	23	9	24	11	80
9	10	4	10	12	40	22	10	24	24	59
10	7	1	12	6	43	12	2	15	8	46
11	18	8	20	25	66	21	9	19	19	65
12	40	2	87	88	99	49	2	84	89	98
13	41	18	70	59	86	45	19	64	59	87

Partizipationstyp 1 (Weitgehend Inaktive): Karteileichen kennzeichnen sich nach Klein 2006 dadurch, dass sie »überhaupt keine innerparteilichen Aktivitäten ausüben«<sup>59</sup> und der Anteil der Aktiven bei keiner der Partizipationsformen einen Wert von 5 Prozent übersteigt. Dieser erste Typus zeichnet sich auch in der für die Mitgliederbefragung 2019 durchgeführten Clusteranalyse ebenfalls durch eine ausgeprägte Inaktivität aus, wobei jedoch Versammlungen sowie die Mitgliederwerbung durch das persönliche Gespräch und das zusätzliche Spenden von Geld mit Werten zwischen 9 und 18 Prozent Aktiven – Neumitglieder und Gesamtpartei gemeinsam betrachtet – eine größere Rolle spielen. Ebenfalls beteiligen sich immerhin 18 (Neumitglieder) bis 19 (Gesamtpartei) Prozent der zu diesem Typus gehörenden Parteimitglieder an temporär begrenzten politischen Kampagnen, wie etwa Demonstrationen. Zwar erreicht die Gruppe bei keiner Partizipationsform einen Aktiven-Anteil über 50 Prozent, die völlige Inaktivität nach Klein 2006 kann jedoch nicht nachgewiesen werden. Es erscheint daher sinnvoll, den Begriff der Karteileiche im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 durch die Bezeichnung der *weitgehend Inaktiven* zu ersetzen.

Partizipationstyp 2 (Ereignisbezogene Aktive): Nach Klein 2006 bilden Versammlungsbesucher eine Gruppe, deren Aktivität sich »weitgehend auf den Besuch von Parteiversamm-

59 Klein 2006, S. 54.

lungen beschränkt<sup>60</sup>, d.h. deren Aktiven-Anteil lediglich bei Item 1 einen Wert von 50 Prozent übersteigt. Die hohe Aktivität in Bezug auf Versammlungsbesuche kann zunächst mit Blick auf die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 bestätigt werden: 65 Prozent der zu diesem zweiten Typus zugehörigen Neumitglieder und 73 Prozent der Gesamtpartei sind ebenfalls häufig auf Parteiversammlungen anzutreffen. Weiterführend zeichnet sich die Gruppe jedoch auch durch eine hohe Aktivität bei kleineren, aktionsbezogenen Parteiaufgaben (Plakate aufhängen, Informationsmaterial verteilen) sowie durch ein überaus hohes Aktivitätsniveau bei Wahlkämpfen und politischen Kampagnen aus. Der Begriff der Versammlungsbesucher umfasst daher lediglich einen Teil der Aktivitätsformen dieser Gruppe, deren Partizipation sich allem voran auf zeitlich begrenzte Ereignisse (Wahlen, Kampagnen, Versammlungen) beschränkt. Eine Bezeichnung als *ereignisbezogene Aktive* auf der Grundlage ihrer temporär eingeschränkten und damit häufig nicht dauerhaften Parteilaktivität definiert ihr Profil naheliegender.

Partizipationstyp 3 (Parteiinterne Aktive): Geselligkeitsorientierte Aktive zeichnen sich nach Klein dadurch aus, dass sie anders als Versammlungsbesucher vermehrt auch Parteiveranstaltungen außerhalb des formalen Versammlungscharakters besuchen<sup>61</sup> – ein Ergebnis, das auch durch die Clusterbildung der Mitgliederbefragung 2019 bestätigt wird. Grundsätzlich ist ausgehend von der durchgeführten Clusterzentrenanalyse festzustellen, dass Typ 3 alle Aktivitätsmerkmale des zweiten Typus, mitunter in gesteigerter Ausprägung (Items 1 und 3), besitzt und darüber hinaus häufig weiteren Partizipationsformen nachgeht. Hierzu gehört die parteiinterne Organisation (Anteil der Aktiven: 80 Prozent) und die Kandidatur für Parteiämter (92 bzw. 93 Prozent). Anders als Typ 2 zeichnet sich diese Gruppe daher durch eine weiterführende, dauerhafte und organisatorische Mitarbeit mit parteiinternem Fokus aus, wodurch die Definition als *parteiinterne Aktive* den Kern des dritten Typus trifft.

Partizipationstyp 4 (Ämterorientierte Aktive): Das ausschlaggebende Merkmal der ämterorientierten Aktiven stellt nach Klein 2006 »ein breites Spektrum an innerparteilichen Aktivitäten«<sup>62</sup> dar, die das Aktivitätsprofil dieses vierten und letzten Typus charakterisieren. Diese Definition trifft auch die Ergebnisse der Clusterbildung im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019. Typ 4 vereint zunächst alle Merkmale des dritten Typs, teilweise mit gesteigerter Aktivität (Items 2, 4, 12 und 13) und erweitert diese durch eine hohe Aktivität bei nahezu allen verbleibenden Partizipationsformen. Der Begriff der ämterorientierten Aktiven kann insofern übernommen werden, als anders als bei Klein 2006 das politische Amt maßgeblich durch das öffentliche Mandat im Sinne des vorangegangenen Abschnitts (b) der vorliegenden Arbeit definiert wird: Im Kontrast zum vorwiegend parteiintern und organisatorisch agierenden Typ 3 trägt Typ 4 verstärkt zur inhaltlichen Ausgestaltung programmatischer Schwerpunkte (Item 6) bei und wirkt – in starker Abgrenzung zu sämtlichen anderen Typen – aktiv durch Kandidaturen bei politischen Wah-

60 Ebenda.

61 Vgl. Klein 2006, S. 54.

62 Ebenda.

len (Item 7) sowie die Mitgliederwerbung durch das persönliche Gespräch (Item 8) nach außen.

Zusammenfassend können die vier im Rahmen der Mitgliederbefragung 2019 herausgebildeten Partizipationstypen als Modell verstanden werden, um auf Basis der jeweiligen Aktiven-Anteile pro Partizipationsform eine Orientierung und Einordnung der in der LINKEN vertretenen Aktivitätsprofile zu bieten. Letztlich geht nicht jeder individuelle Fall eines Typs gleichzeitig jeder typenbildenden Partizipationsform zwangsläufig häufig nach (dann wäre der Aktiven-Anteil bei ebendiesen Items bei 100 Prozent und beispielsweise jeder Angehörige des Typs 4 würde häufig öffentliche Mandate anstreben). Typenbildende Schlüsselitems (Tab. 20), d.h. Aktivitätsformen, in denen sich der jeweilige Typ durch einen hohen Aktiven-Anteil über 50 Prozent vom jeweils vorherigen Typ unterscheidet, bilden dennoch wichtige Orientierungsschwerpunkte für die Kategorisierung der Aktivitätsprofile und die Wahrscheinlichkeit, mit der ein individueller Fall innerhalb eines bestimmten Partizipationstyps häufig den für diesen Fall charakteristischen Aktivitäten nachgeht. Dabei gilt zu beachten, dass die Schlüsselitems des einen Typs dem jeweils folgenden Typ inhärent sind und dieser das Aktivitätsprofil lediglich durch seine eigenen, typenbildenden Schlüsselitems ergänzt: Parteiinterne Aktive gehen etwa ebenfalls häufig den Tätigkeiten von ereignisbezogenen Aktiven mit einer vergleichbar hohen oder gar höheren Wahrscheinlichkeit nach, zeichnen sich jedoch darüber hinaus auch bei weiteren Tätigkeiten bzw. Items durch einen hohen Aktiven-Anteil aus. Schlüsselitems sind demnach als Alleinstellungsmerkmale zu verstehen, durch die sich ein Typ vom jeweils vorherigen abhebt und abgrenzt. Die Typologie bildet dabei ebenso eine Steigerung des Aktivitätsniveaus wie eine stetige Erweiterung des Partizipationsspektrums mit jedem neuen Partizipationstyp ab (Typ 1: weitgehende Inaktivität bei allen Items; Typ 4: hoher Aktiven-Anteil bei nahezu allen Items).

Um die gebildeten Typen noch besser in ihrer Bedeutung für die Mitgliederstruktur einschätzen zu können, ist es unabdingbar, deren Häufigkeitsverteilung näher zu betrachten (Abb. 35). Es fällt zunächst ein mehrheitlicher Anteil der weitgehend inaktiven Mitglieder auf, der sich – korrespondierend mit dem etwas niedrigeren allgemeinen Aktivitätsniveau der Neumitglieder – noch größer ausgestaltet als im Kontext der Gesamtpartei. Wird Typ 1 der hier gebildeten Einordnung mit den Karteileichen von Klein 2006 verglichen, so ist offenkundig, dass sich DIE LINKE dem durchschnittlichen Anteil des verbliebenen Parteienspektrums (49,2 Prozent) aller 2006 im Bundestag vertretenen Parteien heute annähert und gleichzeitig Versammlungsbesucher bzw. Mitglieder des Partizipationstyps 2 einen deutlichen Rückgang verzeichnen.<sup>63</sup> In diesem Zusammenhang scheint es nachvollziehbar, dass sich der bei Klein 2006 noch hohe Anteil an Parteimitgliedern, die fast ausschließlich formale Versammlungen besuchen, auf den für DIE LINKE (damals PDS) in der Parteienlandschaft exklusiven Charakter der Regionalpartei Ost zurückführen lässt: Ende der 1990er bzw. Anfang der 2000er Jahre bestand die Partei vor ihrer Fusion mit der WASG nahezu vollständig aus ostdeutschen Mitgliedern mit einer Mehrheit von Personen über 65 Jahren.<sup>64</sup> Gerade dieser Teil der Mitgliedschaft sollte die ausgeprägte Versammlungstradition aus vergangenen SED-Tagen als Nachhall in

63 Vgl. Klein 2006, S. 55.

64 Vgl. hierzu Abschnitt 5.1.

die neuere Geschichte der Partei tragen – ein Nachhall, der folglich im Zuge des Wandels zur gesamtdeutschen Partei allmählich verklang: Bereits mit der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 – und damit unmittelbar nach der parteiinternen Zäsur des WASG-Zusammenschlusses – sank der Anteil der Versammlungsbesucher in der LINKEN von 43 Prozent im Jahr 1998 auf lediglich 28 Prozent.<sup>65</sup>

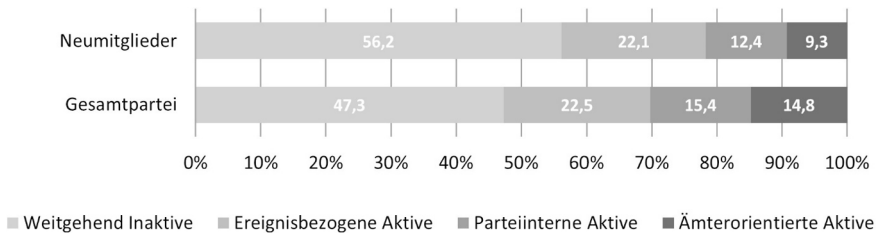
*Tabelle 20: Partizipationstypen. Zusammenfassung, Schlüsselitems und typenbildende Grundmerkmale (mit Stern gekennzeichnete Items erreichen lediglich mit Blick auf die Gesamtpartei einen Aktiven-Anteil von über 50 Prozent)*

Typ	Bezeichnung nach Klein 2006	Neue Bezeichnung	Schlüsselitems	Grundmerkmale des Aktivitätsprofils
1	Karteileichen	Weitgehend Inaktive	-	Kein Item mit Aktiven-Anteil über 50 Prozent (Umfassende Inaktivität) Geringe Partizipation lediglich bei temporären Kampagnen oder passiven Tätigkeiten (Geld spenden) möglich
2	Versammlungsbesucher	Ereignisbezogene Aktive	It.1 It.3 It.12 It.13	Aktiven-Anteil bei den Items 1, 3, 12 und 13 über 50 Prozent Partizipation beschränkt sich weitestgehend auf zeitlich eingegrenzte Ereignisse
3	Geselligkeitsorientierte Aktive	Parteiinterne Aktive	It.2 It.4 It.5	Alle Merkmale von Typ 2 mit teils höherem Aktiven-Anteil Aktiven-Anteil bei den Items 2, 4 und 5 über 50 Prozent Partizipation umfasst dauerhafte Aufgaben der parteiinternen Organisation und der Wahrnehmung von Parteiämtern
4	Ämterorientierte Aktive	Ämterorientierte Aktive	It.6 It.7 It.8 It.9* It.11	Alle Merkmale von Typ 3 mit teils höherem Aktiven-Anteil Aktiven Anteil bei den Items 6, 7, 8 und 11 über 50 Prozent Große Partizipation in einem breiten Spektrum, insbesondere bei Aufgaben, die durch Kandidaturen für öffentliche Mandate und persönliche Gespräche mit Bürgern nach außen wirken

65 Vgl. Spier 2011a, S. 111.

Mitglieder mit einem dauerhaften und breiten Engagement, d.h. parteiinterne und ämterorientierte Aktive, werden durch 30,2 Prozent der Gesamtpartei bzw. 21,7 Prozent der Neumitglieder abgebildet. Beide Gruppen stellen somit im Vergleich zu den weitgehend Inaktiven oder lediglich temporär ereignisbezogenen Aktiven die parteiinterne Minderheit dar, wodurch ein wesentlicher Befund vergangener Studien durch die Mitgliederbefragung 2019 bestätigt wird.<sup>66</sup> Während bezugnehmend auf die Gesamtpartei der Anteil des Typs 3 und 4 etwa gleich hoch ausfällt, fällt den parteiinternen Aktiven unter den Neumitgliedern ein leicht höheres Gewicht zu (vgl. Abb. 35). Einen nachvollziehbaren Schluss lässt hierfür möglicherweise eine logische Steigerung und Tätigkeits-erweiterung innerhalb der Parteiaktivität zu: Gerade neue Mitglieder müssen das Wissen um grundlegende Prozesse und Strukturen noch erlernen, welches etwa für die Listenaufstellung bei Wahlen oder die Ausgestaltung und parteiinterne Durchsetzung programmatischer Eckpunkte notwendig ist.

Abbildung 35: Partizipationstypen

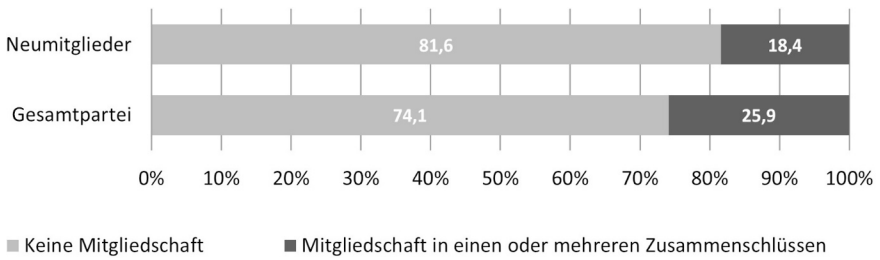


Eigene Darstellung

d) Aktivität in formalen Zusammenschlüssen Formale Zusammenschlüsse (vgl. Abschnitt 2.2) gehören zu den parteiinternen Organisationsformen in der LINKEN. Obgleich die generelle Mitgliedschaft in den sog. Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften rein fakultativ ist, stellen diese doch Möglichkeiten der Aktivität dar, die je nach politischen Einstellungen und Interessen des Mitglieds frei gewählt werden können und erlauben, sich mit Gleichgesinnten parteiintern zu vernetzen und gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. Die große Bandbreite der formalen Zusammenschlüsse reicht, wie bereits in Abschnitt 2.2 erläutert, von themengebundenen Arbeitsgemeinschaften (z.B. BAG Gesundheit und Soziales, BAG Grundeinkommen) bis hin zu Strömungen, die weitestgehend politischen Flügeln zugeordnet werden können (z.B. Forum Demokratischer Sozialismus, Antikapitalistische Linke) und Vereinigungen, die sich auf soziodemografische Merkmale stützen (z.B. BAG Senioren, BAG Christinnen und Christen). Insofern bildet die Mitgliedschaft in einer oder mehreren BAGs nicht nur einen nützlichen Indikator für die politischen Einstellungen der Mitglieder, die in folgenden Abschnitten der Studie noch näher beleuchtet werden, sondern auch für die innerparteiliche Aktivität, die hier zunächst anhand der Mitgliedschaftshäufigkeit betrachtet werden soll (Abb. 36).

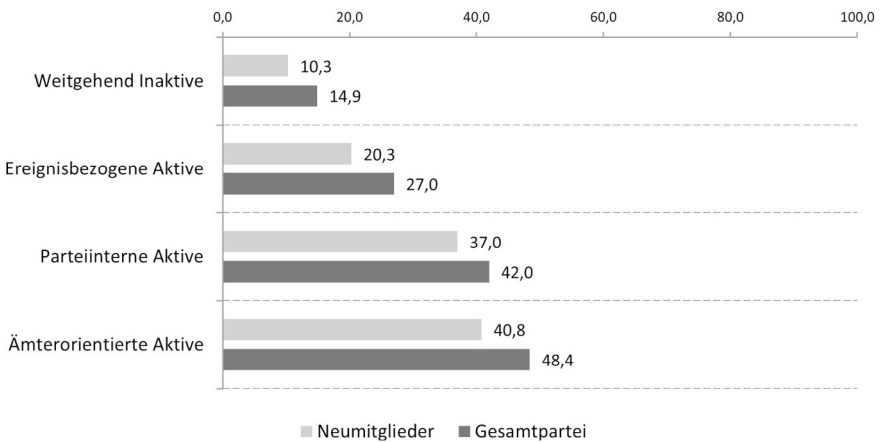
66 Vgl. ebenda.

Abbildung 36: Mitgliedschaft in Bundesarbeitsgemeinschaften



Eigene Darstellung

Abbildung 37: Mitgliedschaft in Zusammenschlüssen nach Partizipationstyp; relative Anteile von Mitgliedern mit mindestens einer Mitgliedschaft in Prozent



Eigene Darstellung

Es ist zunächst offenkundig, dass es sich bei der Mitgliedschaft in Bundesarbeitsgemeinschaften um kein Massenphänomen handelt: Lediglich 25,9 Prozent der Befragten (18,4 Prozent der Neumitglieder) gaben in der Erhebung an, ordentliches Mitglied in einem oder mehreren innerparteilichen Zusammenschlüssen zu sein. Trotz der hohen Zahl von 36 anerkannten bundesweiten Zusammenschlüssen und vielen weiteren Landesarbeitsgemeinschaften<sup>67</sup> sowie des breiten inhaltlichen Spektrums scheinen die Arbeitsgemeinschaften für die innerparteiliche Aktivität zunächst nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Wird die Mitgliedschaft jedoch in einem zweiten Analyseschritt in Relation zu den im vorherigen Abschnitt gebildeten Partizipationstypen gesetzt (Abb. 37), entsteht ein neues Bild ihrer Bedeutung für die innerparteiliche Aktivität: Je nach Partizipationstyp nehmen auch Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften eine schwächere oder stärkere Rolle innerhalb der Parteimitgliedschaft ein: Stellen sie im Falle weit-

67 Stand 2019.

gehend inaktiver oder nur temporär aktiver Mitglieder ein eher seltenes Phänomen dar, steigt ihre Bedeutung für den dritten und insbesondere den vierten, d.h. den mitunter aktivsten Partizipationstyp, stark an. Formale Zusammenschlüsse sprechen daher maßgeblich den aktiveren Teil der Parteimitglieder an. Für die Mehrheit der Mitglieder, die den ersten beiden Partizipationstypen angehören (vgl. Abb. 35), stellen sie hingegen eher einen seltenen Nebenschauplatz in ihrer Parteiarbeit dar. Der Erfolg bzw. die Existenz formaler Zusammenschlüsse wird daher auf einer verallgemeinernden Analyseebene, d.h. ungeachtet davon, um welchen Zusammenschluss es sich konkret handelt, entscheidend durch die aktivsten Parteimitglieder generiert.

## 5.4 Zwischenfazit II

Mit Bezug auf das Aktivitätsprofil der Parteimitglieder können zunächst einige Spezifika der LINKEN festgestellt bzw. anhand der in Abschnitt 3.1.3 erörterten grundlegenden Hypothesen – die sich nicht zuletzt auf die Ergebnisse vorangegangener Studien stützen – überprüft werden. Ausweislich der Auswertung der Aktivitäten ihrer Mitglieder zeichnet sich DIE LINKE aus durch:

- einen einerseits im Vergleich zu 1998 und 2009 gestiegenen Anteil an Mitgliedern, die sich als »überhaupt nicht aktiv« bezeichnen sowie durch einen weit höheren Anteil des inaktiven Partizipationstyps, der sich der Mitgliederstrukturen anderer Parteien annähert (Abschnitt 5.3 a und c, *tw. Widerlegung Hypothese H.8 und Widerlegung Hypothese H.12*),
- einen andererseits im Vergleich zu 1998 und 2009 gestiegenen Anteil an Mitgliedern, die sich als »aktiv« bezeichnen (Abschnitt 5.3. a, *tw. Bestätigung Hypothese H.8*),
- einen hohen Aktiven-Anteil innerhalb der jüngsten Alterskohorte, der jedoch im Vergleich zu 2009 auf einem gleichbleibenden Niveau stagniert und demnach anders als in den Jahren zwischen 1998 und 2009 – zumindest innerhalb der LINKEN – keinen Anstieg verzeichnet (Abschnitt 5.3 a, *Widerlegung Hypothese H.9*),
- ein überaus hohes Aktivitätsniveau in den beiden ältesten Altersgruppen, welches jenes der verbliebenen Mitgliedschaft insbesondere mit Blick auf die Gesamtpartei deutlich übersteigt (Abschnitt 5.3 a, *Bestätigung Hypothese H.10*),
- eine große Bereitschaft der Parteimitglieder zur Teilnahme an Wahlkampfaktionen, politischen Kampagnen und Demonstrationen (Abschnitt 5.3 a, *tw. Bestätigung Hypothese H.11*), wenngleich sich der Anteil jener Parteimitglieder, die Klein 2006 durch ihre Teilnahme an Gremiensitzungen und Parteifesten als geselligkeitsorientierte Aktive und Versammlungsbesucher bezeichnet, gemäß dem Abwärtstrend der vorangegangenen Studien 2019 nochmals verringerte (Abschnitt 5.3 a, *tw. Widerlegung Hypothese H.11*).

Wenngleich die vorliegende Studie die Aktivitätstypen nach Klein 2006 in Teilen neu definiert, kann der Aufwärtstrend hin zu einem gestiegenen Anteil ämterorientierter Aktiver, der noch in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 für alle untersuchten

Parteien festgestellt werden konnte, zumindest mit Blick auf DIE LINKE nicht bestätigt werden (Abschnitt 5.3 c, *Widerlegung Hypothese H.13*).

Bemerkenswert ist auch das geringe Aktivitätsniveau der Neumitglieder, das sich unterhalb der Gesamtpartei bewegt und wonach sich lediglich etwa zwei von fünf Neueintritten den Aktiven zuordnen. Dieser Umstand widerspricht innerhalb der LINKEN der von Spier 2011 aufgestellten Vermutung, dass sich Neuzugänge durch eine höhere Aktivität auszeichnen.<sup>68</sup> Ob dies 2019 einen für die Neumitglieder der LINKEN exklusiven Befund darstellt, kann mangels Vergleichsstudien zu anderen Parteien nicht geklärt werden. Dennoch impliziert er große Reserven bzw. Potenziale hinsichtlich nicht aktiver Personen innerhalb der Mitgliederstruktur.

Das hohe Aktivitätsniveau der ältesten Parteimitglieder ab 61 stellt darüber hinaus einen für die Partei bezeichnenden Befund dar. Ausgehend von der Erkenntnis der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009, wonach Parteimitglieder mit zunehmendem Alter konstant inaktiver werden<sup>69</sup>, zeichnet sich das Aktivitätsprofil der LINKEN mit Blick auf die Gesamtpartei vor allem durch eine Proportionalitätstendenz aus, sodass der Aktiven-Anteil mit steigendem Alter zunimmt. Dieser Umstand lässt sowohl positive als auch negative Schlussfolgerungen zu: Einerseits hilft die ausgeprägte Aktivitätsbereitschaft älterer Parteimitglieder als (noch) stabiles Rückgrat aktuell dabei, die soziodemografische Lücke in den mittleren Altersgruppen zu überbrücken und die Handlungsfähigkeit der Partei besonders in niedrigen Organisationseinheiten (Basisgruppen, Kreisverbände) zu gewährleisten – insbesondere Rentner und Pensionäre stellen zudem durchaus eine ressourcenstarke Gruppe dar. Andererseits ist die Aktivität bis ins hohe Alter ein alarmierendes Signal bzw. Indikator für eine fehlende Nachfolgeneration, deren Abwesenheit sich besonders in den 2020er Jahren mit dem Versterben der letzten Nachwende-Mitglieder als Schlüsselherausforderung für DIE LINKE darstellen wird.<sup>70</sup> Auch die zügige Eingliederung der Neueintritte in Ämter und Mandate kann nicht zuletzt als Ausdruck des Fehlens einer mittleren Parteigeneration interpretiert werden: Vor dem Hintergrund des geringeren Aktivitätsniveaus der Neumitglieder scheint es besonders interessant, dass trotz allem etwa ein Viertel der Zugänge nach 2013 bereits in Parteiämter und/oder Mandate gewählt wurde.

Bezüglich des von Klein 2006 entwickelten Itemkatalogs möglicher innerparteilicher Tätigkeiten wird schließlich deutlich, dass dieser nicht alle Dimensionen der Parteiarbeit trennscharf aufgreift. Er kann das Aktivitätsprofil der LINKEN-Mitglieder daher zwar weitgehend, jedoch im Hinblick auf die hohe Bereitschaft zur Teilnahme an temporär begrenzten Aktionen nur eingeschränkt erfassen. Die Ergänzung des Katalogs durch jene zeitlich beschränkten Ereignisse und Tätigkeiten (thematische Kampagnen, Demonstrationen, Wahlkämpfe) konnte den Kanon der unterschiedlichen Aktivitäten daher sinnvoll erweitern.

68 Vgl. Spier 2011a, S. 100.

69 Vgl. Spier 2011a, S. 101.

70 Vgl. hierzu Abschnitt 8.1.